

STADTSENATSMITGLIEDER

Stadtrat Mag. (FH) Mario EUSTACCHIO

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, meine Damen und Herren auf der Zuschauertribüne!

Ja, vorweg, bevor ich zu meinen sehr sachlichen Ausführungen kommen werde, weil ich Ihnen ja ausschließlich die Leistungen der Ämter oder die Aufgaben der Ämter, die in den nächsten zwei Jahren erfolgen werden, präsentieren möchte, möchte ich doch kurz reflektieren auf diverse Dinge, die heute gesagt worden sind. Allen voran Gerhard Rüschi, du hast es heute ein bisschen für mich weinerlich dargestellt, dass dieser Pakt eineinhalb Jahre gedauert hat. Dann wurde auch gesagt, naja, wir haben uns aus der Verantwortung gestohlen Frau Gemeinderätin Bergmann, dann ist gesagt worden, das ist weinerlich und ich lehne mich zurück zum einen. Wir waren nur konsequent, wir haben erkannt, dass in diesem Pakt eine korrekte Zusammenarbeit nicht möglich ist und das bezieht sich ausschließlich, und das betone ich auch, ausschließlich auf die ÖVP. Wir haben mit der SPÖ inhaltlich logischerweise große gravierende Unterschiede in vielen Themenstellungen, aber diese Zusammenarbeit war immer geprägt davon, dass wir uns abgestimmt haben und dass wir die Dinge besprochen haben, die notwendig waren. Das ist mit der ÖVP nicht der Fall gewesen. Hier mussten wir immer wieder feststellen, dass wir hintergangen wurden, dass an uns voraus-, vorbeigearbeitet wurde, dass uns Informationen nicht gegeben wurden etc. (*Applaus FPÖ*) und irgendwann war es dann soweit, dass wir gesagt haben, nein, das ist keine Art der Zusammenarbeit, das ist keine Basis, auf der wir mit jemandem zusammenarbeiten wollen und mehr stand nicht dahinter. Es stand weder diese unterstellte Geschichte, wir wollen Neuwahlen, das interessiert die Bevölkerung überhaupt nicht, das ist von außen gekommen, das habt ihr, Piffli-Percevic, du, vielleicht den Medien gesteckt, von uns kam es mit Sicherheit nicht. Und dazu stehen wir heute noch und wenn es jetzt darum gegangen ist, das Budget auszuräumen,

liebe Ina Bergmann, da musst du mir bitte sagen, wo in meinen Ressort ich irgendwelche Tätigkeiten durchgeführt habe, die nicht vom Gemeinderat beschlossen worden sind, die dort nur aufgrund der Beschlusslage hier im Gemeinderat erfolgt sind? Es ist ja keine Schatzschatulle, aus der ich mich bediene und Dinge umgesetzt habe, wo ich mir dann auf die Fahnen hefte, na wie super war das, das habe ich gemacht und weil die Kollegin Marak-Fischer gesagt hat, die Altstadt bim, die Altstadt bim wurde von allen drei Fraktionen hier getragen, wurde auch gemeinsam präsentiert, also das ist ja auch nicht etwas gewesen, wo ich gesagt habe, das ist meine Erfindung und das habe ich auch immer bewusst gesagt. Also, wenn du so etwas sagst, dann bitte können wir durchaus in einem Gespräch klären, welche Projekte das waren, die ich mir da auf die Fahnen hefte oder die vernachlässigbar gewesen wären. Das möchte ich überhaupt für meine Ämter, für die ich verantwortlich zeichnen darf in dieser Zeit und bis dato sagen, hier wird ja nur das vollzogen, was hier der Gemeinderat auch beauftragt. Ich habe ja auch von euch und von Ihnen da hier herinnen noch nie besondere Kritikpunkte gehört, dass etwas nicht umgesetzt worden ist, was hier beschlossen worden ist. Wenn etwas nicht umgesetzt wurde, dann hat es rechtliche Hintergründe gehabt, privatrechtlicher Natur, wissen wir eh. Ankauf von Grundstücken zum Beispiel oder die Finanzierung war nicht gegeben und weil du gesagt hast, ich gehe hinaus und sage im Ausschuss oder ich stelle im Ausschuss den Antrag, dass Projekte finanziert werden sollen, die aber kein Gegenstück im Finanzausschuss hatten, ja, da mache ich aber doch von meiner Warnpflicht auch Gebrauch. Würde ich nicht hergehen und sagen, meine Damen und Herren, Sie haben hier in diesem Gemeinderat über viele Jahre viele Projekte beschlossen oder die Vorbereitung zur Umsetzung von Projekten und meine Ämter, viele Planungsämter haben diese Planungen vorangetrieben und sind jetzt teilweise fertig mit diesen Planungen, die jetzt hergehen und sagen, da gibt es jetzt aber kein Budget dafür, ja dann bitte führen wir uns ad absurdum, weil das war ja der Auftrag des Gemeinderates, die machen ja nichts anderes (*Applaus FPÖ*). Das vorweg nur zur Klarstellung.

Ich darf zur Leistung der unterschiedlichen Ämter kommen. Ich beginne mit dem Straßenamt. Wichtige Projekte für die kommenden Jahre: Schutzwegbeleuchtungsmaßnahmen, ganz wichtig, Puntigamer Straße, Ziererstraße, Fröhlichgasse, Grieskai. Baumaßnahmen, Verkehrssicherheit, ganz ein wichtiger Faktor, dem wir uns hier widmen. Wickenburggasse, Laimburggasse, also überall dort, wo eine erhöhte Gefahrenquelle da ist, wo es erhöht zu Verkehrsunfällen kam. Humboldtstraße, Grillparzerstraße, Algersdorfer Straße, Blümelstraße, Umbauten Schutzweg Fischergasse. Ganz wichtig dabei das Road-safety-inspections-Programm, das heute Road-safety-inspections-Programm, dafür gibt es immer schöne englische Ausdrücke für diese Dinge, heute in der Kleinen Zeitung gewesen, wo wirklich geschaut wird entlang von Radwegen, was gibt es für Gefahrenquellen, wie kann das beseitigt werden auf kurzem Weg. Ganz ein wichtiger Fall, und da haben wir auch wieder keine Finanzierung dafür, die Umstellung unserer Beleuchtung im gesamten Straßengebiet der Stadt Graz, nämlich die Umstellung auf LED-Lampen. Ein wichtiges Programm, ein wichtiges Projekt, gemeldeter Bedarf 4,26 Millionen, keine Mittelberücksichtigung.

Ich komme weiter zur Verkehrsplanung. In der AOG für 2015 und 2016 sind jeweils eine Million Euro eingestellt worden, das mag jetzt vielleicht viel klingen für eine einzelne Person, das ist für eine Verkehrsplanungsabteilung gar nichts. Nämlich, damit kann maximal etwas gemacht werden, Mobilitätskonzeptumsetzung, Wohnstraßenprojekte, also lauter sogenannte Kleinmaßnahmen. Gehsteigausbesserungen, Haltestellen errichtet werden, Mobilitätsmanagementmaßnahmen wie das berühmte City-Radl, Autofasten, Mobilitätswoche etc. und damit war es das mit dem Budget. Das was vor kurzem kolportiert worden ist, ja die Verkehrsplanung bekommt jetzt Mittel zur Verfügung und baut um soundso viel Geld Rad- und Gehwege aus, meine Damen und Herren, das sind Mittel aus den letzten Perioden, Sie wissen das selbst gut genug, das verzögert sich, das überträgt sich ins nächste Jahr und ins übernächste Jahr, das sind keine neuen, keine frischen Mittel. Das heißt, dieses Geld wird verwendet für die

Umsetzung von alten Beschlüssen, die Sie hier herinnen gefasst haben; für neue Umsetzungen, ich betone, für neue, sind null Euro eingestellt. Die Infrastruktur- und Verkehrsprojekte für die nächsten Jahre wichtiger Faktor, Sie werden es auch erkennen an den einzelnen Punkten, ich darf sie verlesen: Als laufend jährliche Planungsumsetzungsmittel in der AOG würde ein Bedarf von 5,5 Millionen vorhanden sein, wie gesagt, eingestellt sind zwei Millionen. Maßnahmen für den öffentlichen Verkehr, eingestellt, Sie kennen die Notwendigkeiten, Taktverdichtungen, Einschubbusse etc. 21,3 Millionen für die nächsten zwei Jahre. Reininghaus-Infrastruktur, gemeldeter Bedarf 9,25 Millionen, keine Mittelberücksichtigung, wundere ich mich doch, weil Reininghaus scheint mir immer sehr, sehr wichtig, vor allem ist es dem Herrn Bürgermeister immer ein großes Anliegen, da wundere ich mich dann doch, dass sich das hier nicht wiederfindet, zumal ja heute auch unterstrichen wurde von den drei neuen Paktpartnern, dass ja für die Infrastruktur und für den ÖV-Ausbau so viel Geld da sein soll, ich sehe ihn nur nicht, diesen Geldbetrag.

Dann kommt die Gestaltung der Liebenauer Hauptstraße, da ist ein Minimalbedarf von 0,1 Million, aber trotzdem keine Mittelberücksichtigung. Sanierung St.-Peter-Hauptstraße, zweiter Abschnitt, 2,75 Millionen, keine Berücksichtigung. Umsetzung Unterführung GKB Wetzelsdorfer Straße, 0,65 Millionen, keine Berücksichtigung. Und bereits in Verhandlung befindliche Grundstücke, mit denen Sie auch immer wieder hier im Gemeinderat beschäftigt werden, in der Größenordnung von 2,475 Millionen, da geht es um den Leonhardgürtel 0,75 Millionen, Leonhardstraße 175.000, Entschärfung Kreuzungsbereich Brucknerstraße 400.000, Sternäckerweg Gehsteig 110.000 und der Mühlgraben Grundbereinigungen banale 40.000. Also alles dieses sind notwendige Maßnahmen, ich gehe davon aus, dass Sie mir da zustimmen, Sie haben auch schon darüber diskutiert und teilweise auch abgestimmt, die sich aber nirgends wiederfinden und da frage ich mich doch, wie wir das alles umsetzen wollen? Heute ist immer wieder gesagt worden, ja, wir investieren in die Infrastruktur, wir schauen in die Zukunft, das tun wir eh alle und wenn ich höre, dass

hier sieben Stadtregerungsmitglieder da sind und sozusagen die Frau Kollegin Bauer sagt, sie weiß nicht, ob ich dazugehöre. Noch einmal, fragt die Ämter, wie hier gearbeitet wird, fragt die Ämter, wie konstruktiv hier zusammengearbeitet wird und wie schnell die Dinge abgewickelt werden. Deswegen kommen ja auch so wenig Vorwürfe und wenn man es mir nicht glaubt, dann bitte jeder von Ihnen und jede von Ihnen hat gute Kontakte in die einzelnen Ämter und zu einzelnen Personen, einfach abfragen, dann hört man sie von dieser Seite.

Ich gehe jetzt gar nicht ein, was aus dem Büro Rüscher gekommen ist, wo die 33 Millionen Investitionskapital bei mir herumschwirren, wo ich die 750.000 Euro für die Wetzelsdorfer Straße herbekomme, das ist absurd genug. Wo man dann auf einmal draufkommt, ach da gibt es doch schon wieder irgendwo ein Geld, das man dann doch nehmen können, wie es halt immer wieder einmal der Fall ist. Vielleicht finden wir in den nächsten zwei Jahren auch immer wieder so Töpfchen, wo wir dann die vorher beschriebenen einzelnen Themenstellungen abarbeiten können (*Applaus FPÖ*).

Ich gehe weiter zur Bau- und Anlagenbehörde. Hier ganz spannend und ganz wichtig, auch für die Entwicklung der Stadt Graz, weil der Kollege Haberler ja so getan hat, als ob nur er und die ÖVP für die Entwicklung dieser Stadt etwas tun. Der elektronische Akt für Verfahren Bau- und Anlagenbehörde wird ab Februar gestartet, das heißt, die ganzen Verfahren werden jetzt optimiert und leicht abgewickelt. Projekterreichbarkeit, sogenanntes Aktentracking, das heißt, Bauwerber und Planer können über einen Code direkt nachverfolgen, wo liegt der Akt, können also hier auch eine Beschleunigung der ganzen Abwicklungen erfahren und verfolgen, die Homepage wird neu aufgebaut. Schaffung einer Gebührenstelle wird gemacht, damit die Eintreibung der Gebühren vorangetrieben wird, damit wieder ein Geld in den Stadtsäckel hereinkommt, das man dann wieder ausgeben können und in dem Bereich Kontrollen gibt es den Schwerpunkt bei Jugend-, Gewerbe- und Tabakgesetz. Ich komme zu den Grazer Geriatrischen Gesundheitszentren, heute schon erwähnt. Auf diese können wir mit Fug und Recht stolz sein. Wenn ich alles, was dort gemacht

wird, wurde und wird, dann würden wir wahrscheinlich den Abend füllen können da hier. Ein tolles Unternehmen, das auf der einen Seite sukzessive entlastet, nämlich auf der Ausgabenseite und auf der anderen Seite europaweit ein Vorzeigeunternehmen ist auf allen Ebenen, von der Pflege über die Wissenschaft bis hin zur perfekten Patientenbetreuung (*Applaus FPÖ*), dafür gehört wirklich ein Applaus. Was kommt Neues? Der Hörsaal im Hospiz wird eröffnet im kommenden Jahr, ganz wichtige Therapiegeräte, in dem Fall nennt sich Amadeus System, das ist ein mechatronisches Finger-Hand-Rehabilitationsgerät, ganz wichtig für die Rehab-Arbeit in den GGZ und natürlich ganz ein schöner Abschluss, den wir haben werden, nämlich das Ausbauprogramm unserer Pflegeheime in der Stadt Graz wird abgeschlossen werden. Im September nächsten Jahres das Pflegewohnheim Erika Horn in Andritz wird fertig sein und können wir eröffnen, also damit haben wir wirklich von Seiten der Stadt Graz, was die Betreuung der älteren Menschen und alten Menschen anbelangt, eine tolle Abschlussleistung gemacht.

Und damit Sie auch wissen, was hier auch auf der anderen Seite passiert, wenn ich sage, im Jahr 1999 haben wir die patientennahe Betreuung gehabt mit einem Personal in der Größenordnung von 76,1 % und patientenfern, also Verwaltung mit 23,9 %, so haben wir heute einen Stand von patientennaher Betreuung mit 86,1 % und patientenfern Verwaltung, 13,9 %, also auch da sieht man, wie hier verantwortlich mit dem Geld umgegangen wird und wie sehr geschaut wird, dass die Arbeit dort ankommt, wo es ganz wichtig ist, bei den Menschen, die betreut werden. Noch einmal herzlichen Dank, Frau Kollegin Gemeinderätin ist ja heute bei uns, und ich darf dich auch bitten, dass du das wieder übermittelst, dass das wirklich auch von allen, und das wissen wir ja aus den Ausschusssitzungen, wertgeschätzt wird (*Applaus FPÖ*).

Das war die GGZ, meine Damen und Herren. Ich komme zum Grazer Parkraumservice. Trenne das bewusst von der Ordnungswache, da möchte ich noch etwas dazu sagen, damit der Herr Kollege Pacanda auch ein bisschen was in Erfahrung bringt, was er

vielleicht noch nicht weiß. Ja, was ist die Planung Zonenverwaltung nächstes Jahr? Also wieder Evaluierung der grünen und blauen Zonen, da werden wir Sie, da dürfen wir dann Sie wieder damit befassen im Gemeinderat, wie der Vorschlag dann ausschauen wird. Weitere Kooperationen im Sicherheitsbereich im Haus Graz geplant. Die Ertragsplanung für nächstes, übernächstes Jahr zu 620.000 beziehungsweise 640.000, Stabilisierung des Mitarbeiterkerns, also dass weniger Fluktuation passiert, ist ein Ziel und wichtig ist, dass der Wirtschaft, die erfolgt ist, als Unternehmen uns bis dato inklusive 2014 2,3 Millionen Euro in die Stadtkasse gebracht haben, also das ist eine bewusste oder eine tolle Einnahmequelle, unabhängig bitte von allen Einnahmen, die aus anderen Parkgebühren erfolgt oder aus Strafen usw. Und daneben kauft, das muss man auch dazusagen, das GPS natürlich auch wieder Leistungen vom Haus Graz und das in einer Größenordnung von 900.000 Euro, also dieses Unternehmen ist wirklich wertschöpfend für unser gesamtes Haus Graz tätig und die 180 Mitarbeiter, die dort beschäftigt sind, werden aus dem eigenen Budget bezahlt, das heißt, die kosten die Stadt Graz und belasten nichts und belasten das Budget nicht. Bitte das auch einmal zur Kenntnis nehmen und wie wichtig diese Damen und Herren sind für unsere Einnahmen.

Ich komme zum BürgerInnenamt. Hier besonders die Einführung des zentralen Personenstandsregisters und des zentralen Staatsbürgerschaftsregisters. Das klingt jetzt sehr banal, in Wirklichkeit ist das eine Mörder-Arbeit, wo wir auch zusätzlich Personal aufnehmen müssen, hier werden alle Akten, die es jetzt schriftlich gibt, eingespeist in die Elektronik und zusammengeführt, das ist ein irrsinniger Aufwand, also da muss man wirklich, und da bitte ich auch um dementsprechende Unterstützung aus dem Personalamt und aus dem Finanzbereich, weil da brauchen wir wirklich jede Kraft zusätzlich, damit das auch umgesetzt werden kann.

Dann kommt die Abwicklung der Landtagswahlen natürlich zu uns, in weiterer Folge die Abwicklung der Bundespräsidentenwahl.

Ich komme zu den Holding Linien. Ganz kurz angerissen, Kapazitätsausweitungen, Bim-Linie 4 und 5 sowie Buslinie 32, 34, noch nicht finanziert, aber notwendig.

Handy- und Smartphone-App, mittels App kann man sich zukünftig informieren, wann Bus und Bim kommen. Umsetzungszeitraum nächstes Jahr. Ticket per Online-Shopping, die gesamte Produktpalette der Holding, auch Umsetzung Beginn nächsten Jahres. Baubeginn LKH-Endstation Leonhard, Verlängerungsarbeiten starten 2015, im Übrigen, Kollegin Marak-Fischer, nicht mehr da, ist nicht meine Erfindung, also die Verlängerung der Linie 7 das wäre also von mir nicht verhinderbar gewesen, wenn ich es wollen hätte, also falsches Thema bitte. Restlieferung der Variobahn bis Herbst, dann sind alle 45 Variogarnituren angekommen, dann ist dort der Fuhrpark umgestellt. Multifunktionale Verkehrsknoten in Konzeption, wo wir wirklich alles zusammenführen, E-Tankstellen, ÖV-Anbindung, Taxistände, Fahrradverleihstationen, Car-Sharing-Stellen, also auch ein spannendes neues Thema.

Und dann komme ich schon zu den Holding Graz Services. Natürlich auch die Aufgaben Straßen-Sanierung, Brücken-Sanierung, ganz kurz und für Sie auch wichtig, weil es offensichtlich ist, in der Innenstadt die Sanierung, Sie haben es jetzt gesehen auch an der Schmiedgasse, wie schön das geworden ist, 2015 wird die Schmiedgasse fertiggemacht, Stubenberggasse, Glockenspielplatz. 2015 auf 2016 Mariahilfer Platz, Stempfergasse und 2016 Mehlplatz, Färbergasse. Brückensanierung findet auf der Keplerbrücke statt, Leechgasse wird eine Verbreiterung stattfinden und die Brücke Pauluzzigasse am Leonhardbach wird errichtet.

Und jetzt komme ich schon zur Ordnungswache, weil sie ja immer so im Fokus ist und so ein bisschen stiefmütterlich behandelt wird als unwichtig. Meine Damen und Herren, im Gegenteil, ich werde jetzt Leistungen aufzählen. Es geht nicht nur darum, dass die Ordnungswache präsent ist und diverse Strafen und Belehrungen macht, dazu komme ich noch. Die Ordnungswache wird mittlerweile sehr stark angenommen auch von diversesten Ämtern. Sie wird vom Straßenamt angenommen, sie wird gebeten auch von Seiten des Marktamtes zum Einsatz zu kommen, beispielsweise Überprüfung, ob die Märkte pünktlich zugesperrt haben und, und, und. Das heißt, da braucht man nicht Extra-Personal hinschicken, da erspart man sich Personalkosten und die machen einfach ihre Tour drüber und machen diese Überprüfung, genauso

bei den Gastgärten. Das vorweg. Belehrungen, also in Summe ist die Ordnungswache 24.956-mal tätig geworden, davon Belehrungen 14.477, Strafverfügungen 1.671, Anzeigen 539, Ermahnungen 7.173 und Präventionsgespräche 1.096. Also eine stattliche Anzahl von Tätigkeiten und Sie sehen hier schon, dass hier im Vorfeld eines zum Tragen kommt, das ist die Belehrung, die Ermahnung und nicht die Strafe, das muss man auch in Relation setzen und das wollen wir auch so haben und wir wollen das auch weiter so pflegen (*Applaus FPÖ*).

Ganz kurz, gute Zusammenarbeit mit der Polizei, die wird nächstes Jahr auch noch verstärkt werden, das ist optimal, hier gibt es auch die Pflicht, an die Polizei zu melden, das wird gemacht, zum Beispiel, Räumung in Puntigam der Markangelände am 27. 8., Unterstützung der ÖBB bei Streitschlichtungen, illegale Prostitution angezeigt, wo es in weiterer Folge auch zur Verurteilung des Zuhälters gekommen ist, Ladendiebstähle aufgegriffen, festgehalten bis die Polizei kommt, Beschimpfung, Bedrohung von Fahrgästen in der Straßenbahn, Messerattacken, festgehalten, bis die Polizei kommt, gewerblicher Diebstahl, festgehalten bis die Polizei kommt, Kinderbettelnde auch betrachtet, die Mutter hat das Kind misshandelt, festgehalten bis die Polizei kommt, diverse erste Hilfeleistungen nach Unfällen und Raufhandeln, also eine breite Palette, wo wir schon aufzeigen wollen und zeigen können, wie wichtig diese Ordnungswache auch weiter für diese Stadt Graz ist, damit einfach hier auch die Polizei Unterstützung findet. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus FPÖ*).

Stadtrat Kurt H O H E N S I N N E R , MBA

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat!

Dies ist nicht meine erste Budgetrede, aber die erste in meiner neuen Funktion als Stadtrat für Bildung, Integration und Sport. Und im Vorfeld hat sich hier leider wieder gezeigt, dass einzelne Fraktionen viel zu oft im Sinne des legendär gewordenen Ausspruchs von Alt-Kanzler Fred Sinowatz denken und handeln. „Ohne die Partei bin ich nichts“ und leider viel zuwenig im Sinne des Gemeinwohles. In meiner persönlichen Vorbereitung auf die heutige Budget-Gemeinderatssitzung habe ich in den Budget-Gemeinderatsprotokollen der letzten Jahre geschmökert, also ich bin wirklich sehr lange zurückgegangen und Sie werden jetzt nicht verblüfft sein, wenn ich feststelle, dass die Inhalte der letzten Jahre ziemlich ident waren mit den Reden, die wir heute gehört haben. Erlauben Sie mir aber eine Bemerkung, in der Nachbetrachtung kann ich die Manöver einiger Fraktionen nur wirklich sehr schwer nachvollziehen, die Argumente drehen sich um 180 Grad, je nachdem, ob die Partei gerade in der Regierung oder in der Opposition war und angesprochen sollte sich da jetzt nicht nur die Fraktion von Mario Eustacchio fühlen. Ich möchte diesen Vorgang nicht in Frage stellen, dies steht mir nicht zu, dieses Verhalten ist natürlich im Rahmen der Parteiendemokratie möglich und hat in Österreich System. Festhalten kann ich aber an dieser Stelle, dass meine Fraktion, seit ich hier im Grazer Gemeinderat bin, stets Gesamtverantwortung übernommen hat und das ist gut so (*Applaus ÖVP*).

Die Stadt Graz hat sich in dieser Zeit wirklich in allen Bereichen weiterentwickelt, ob das in der Wirtschaft war, in der Wissenschaft, in der Kultur, Bildung oder Sport, wir haben wirklich allen Grund, auf unsere Stadt und auf die Menschen, die in unserer Stadt leben, stolz zu sein. Unsere Klubobfrau Dani Gmeinbauer und viele andere auch haben ja heute schon angemerkt, dass die demographische Entwicklung unserer Stadt gewaltig ist. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich angefangen habe, 2003

hatten wir um 50.000 Einwohner und Einwohnerinnen weniger in der Stadt und die rückläufige Geburtenrate und der rückläufige Zuzug bereiteten uns Kopfzerbrechen und der Bürgermeister und auch die Vizebürgermeisterin sagen das oft, wir hatten damals den Titel Pensionopolis und heute, 12 Jahre später, Graz hat sich verändert, wir zählen, wenn wir die ganzen Nebenwohnsitze dazuzählen 300.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Jedes Jahr kommen 4.000 dazu, wir zählen aktuell 60.000 Studierende und 40.000 Schülerinnen und Schüler, also das ist wirklich gewaltig. Jede dritte beziehungsweise jeder dritte Grazer befindet sich in Ausbildung. Die Bildungslandschaft ist nahezu einzigartig, das bestätigen uns auch die vielen Delegationen, die nach Graz kommen. Erst gestern habe ich mit Peter Piffl-Percevic eine Delegation hier begrüßen können. Wir haben wirklich eine bunte Palette, wir haben vier Unis, zwei Fachhochschulen, zwei pädagogische Hochschulen und eine breit gefächerte Schullandschaft mit vielen Schultypen und diese breite Palette machen die Landeshauptstadt Graz auch zur Bildungshauptstadt. Daneben verfügen wir, und das ist ganz, ganz wichtig, über 9.000 Kinderbildungs- und Betreuungsplätze. Beim gewaltigen Zuzug, der hier nach Graz kommt, handelt es sich jetzt nicht nur um ältere Menschen, die ihren Lebensabend in unserer wunderschönen Stadt verbringen wollen, nein, es sind vor allem junge Menschen, die nach Graz kommen und hier eine Familie gründen möchten. Andere Bezirke der Steiermark beneiden uns um den Umstand, aber mit dieser Entwicklung ist auch eine große Verantwortung verbunden, nämlich die Verantwortung, dass wir Platz für Bildung und für Bewegung schaffen. Und die Stadt Graz hat sich wirklich sehr, sehr gut vorbereitet. Als ich im Jänner dieses Jahres diese Funktion übernehmen durfte, konnte ich auf zwei Konzepte bereits zurückgreifen, einmal auf den Masterplan Schulausbau und auf eine hervorragende Bildungsstrategie. Den Schulausbau-Masterplan haben wir hier im Bildungsausschuss und auch im Gemeinderat ziemlich bald einmal auf Vordermann gebracht, das heißt, im Schulausbau-Masterplan hatten wir noch Prognosen. Jetzt wissen wir, dass die Prognosen bereits Realität sind und ich habe das in den letzten Sitzungen hier im Gemeinderat öfter erwähnt, wir haben wirklich jedes Jahr 260

Schülerinnen und Schüler mehr zu versorgen in Klassen. Gesprochen sind das 11 Klassen. Zwei Schulen konnten ja bereits im Herbst eröffnen, einmal der Zubau St. Peter und zum anderen die neue Schule Mariagrün. Einige von Ihnen waren auch dabei und diese Schulen sind bestes Beispiel, wie sich der Schulraum als sogenannter dritter Pädagoge einbringen kann und wirklich zum Schulerfolg der Kinder beiträgt.

Wir haben auch im ersten Halbjahr 2014 zwei Schulpakete beschlossen. Insgesamt mit einem Volumen von 25,8 Millionen Euro, und in der letzten Gemeinderatssitzung haben wir auch ein Grundstück in SmartCity für eine neue Mittelschule sichergestellt und es geht auch so weiter, wir werden mit diesem Doppelbudget weitere 20 Millionen Euro für den Schulausbau sicherstellen und ich möchte Ihnen auch einen kleinen Ausblick geben, wie es weitergeht. Im Jahr 2015 werden wir zwei Schulen neu eröffnen können, das ist die Schule Rosenberggürtel und die Volksschule Brockmann, 2016 haben wir drei Schulen am Programm, das ist die Viktor-Kaplan-Volksschule, die Peter-Rosegger-Volksschule und der Bildungscampus Algersdorf, auf den freuen wir uns, glaube ich, wirklich sehr (*Applaus ÖVP*).

Das ist ein grober Überblick und die Schülerströme verändern sich ja auch, wie wir wissen und der Horizont, den ich jetzt auch kurz umrissen habe, ist auf einen langen Zeitraum geplant, deswegen haben wir auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem klingenden Namen Grips. Diese Arbeitsgruppe wird den Gemeinderat und auch mich immer am Laufenden halten, da sind vier Abteilungen mit dabei, die GBG, die Finanzdirektion, die Baudirektion, die Abteilung für Bildung und Integration. Also das ist auch, glaube ich, ganz wichtig, dass das nicht ein starrer Plan ist, sondern dass wir immer wieder nachbessern, wenn wir uns vielleicht irgendwo einmieten können, dass wir auch dann den Plan adaptieren können, das ist wichtig.

Und jetzt zur Bildungsstrategie. Gestatten Sie mir, dass ich ganz kurz ein bisschen ausschweife. Die Bildungspolitik in Österreich ist ja ziemlich aufgeteilt. Der Bund ist für die Bildungsziele zuständig, das Land Steiermark ist zuständig, die Bildungsziele einzuhalten beziehungsweise ist auch für die Lehrer zuständig und wir sind eigentlich unter Anführungszeichen nur „Schulerhalter“ und diese Aufteilung ist sehr oft

schlecht vernetzt und ist aus meiner Sicht auch der Bremsklotz in unserem österreichischen Bildungssystem, und der Gemeinderat, allen voran auch mein Vorgänger, wir haben das schon im letzten Jahr erkannt und haben eine Bildungsstrategie erarbeitet, um auch inhaltlich hier mitzuwirken. Bei der Bildungsstrategie haben 60 Expertinnen und Experten mitgearbeitet, es wurden 70 Bildungsziele formuliert und die Abteilung für Bildung und Integration arbeitet jetzt diesen Plan Schritt für Schritt ab. Ich möchte ein Beispiel nennen, was in Bälde umgesetzt wird, und zwar möchten wir eine Bildungsservicestelle in Graz in der Keesgasse ansiedeln. In dieser Bildungsservicestelle wird es dann alle Bildungsservices der Stadt Graz aus einer Hand geben, angefangen von der Kinderkrippe bis zur Bildungsberatung und das haben wir für das kommende Jahr bereits geplant. Stichwort Kinderkrippe. Die demographische Entwicklung macht auch hier nicht halt. Wir sind hier wirklich sehr gefordert, was den Kinderbildungs- und -betreuungsbereich betrifft, zwei große Ziele. Einmal möchten wir allen berufstätigen Eltern, die einen Platz brauchen, auch einen Platz anbieten und das zweite große Ziel ist, dass wir die Qualität absichern. Das erste Ziel können wir derzeit sicherstellen gemeinsam mit den städtischen, aber auch mit den privaten Trägern, mit unseren Tarifpartnerinnen und -partnern, Graz hat wirklich einen tollen Versorgungsgrad. Wir sind auch im ständigen Kontakt mit den anderen Gemeinden und Städten und wir haben bei den 0- bis 3-jährigen Kindern, da zählt man auch die Tageseltern dazu, haben wir einen Versorgungsgrad von 32,86 %, also das ist wirklich ganz gut und für die 3-6-Jährigen haben wir einen Versorgungsgrad von 94,86 %. Vorrangiges Ziel ist von uns, dass wir diesen wirklich guten Versorgungsgrad halten zu können und dass wir in all jenen Bezirken, wo wir noch unterversorgt sind, auch nachrüsten. Wir werden, nur um den Versorgungsgrad halten zu können, im Jahr durchschnittlich 300 Kinderbildungs- und -betreuungsplätze schaffen müssen, aber das werden wir gerne tun. Zusätzlich ist es für mich auch persönlich ein Anliegen, dass wir die flexible Kinderbetreuung unterstützen, da haben wir ja auch im September ein Modell hier in den Gemeinderat eingebracht und dieses Modell wird umgesetzt mit unseren

Partnervereinen und es gibt für Eltern, die jetzt nicht fünf Tage in der Woche einen Betreuungsplatz brauchen, eine Unterstützung von maximal 50 Euro im Monat, es ist auch eine Sozialstaffel dahinter, das ist eben ein erster Schritt. Natürlich ist es uns ein Anliegen, dass wir das auch auf Gesetzesebene bringen, aber da ist noch ein weiter Weg zu gehen. Aber uns war es wichtig, im Rahmen, was die Stadt Graz machen kann, dass wir auch ein Modell anbieten.

Bei der Qualität fordert uns vor allem die Sprachförderung. Wir wissen, dass Förderung, wir wissen, dass 22 % der Kinder in unserer Stadt einen Sprachförderungsbedarf haben, und es sind jetzt nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund, wir sind hier sehr gefordert und mein großes Ziel oder unser großes Ziel ist es, dass wir schon im vorschulischen Bereich ansetzen, weil da ist jeder Euro wirklich großartig investiert und das Ziel ist es, dass Kinder schon im vorschulischen Bereich so deutschfit gemacht werden, dass sie bei Schuleintritt auch dem Unterricht folgen können. Das wirkt sich nach oben hin wirklich großartig aus.

Das bringt mich gleich zum nächsten Thema in der Abteilung für Bildung und Integration: den Integrationsbereich. Leider haben wir vor rund zwei Wochen die Integrationsreferentin verloren, unsere Brigitte Köksal. Sie hatte wesentlichen Anteil daran, dass Graz im Integrationsbereich eine Vorreiterrolle in ganz Österreich eingenommen hat. Umso mehr muss es uns in den nächsten Jahren ein Anliegen sein, nicht nur die von ihr aufgebauten Standards zu halten, sondern es ist sicher in Ihrem Interesse, dass wir diese Standards noch ausbauen. Ein wesentlicher Baustein, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Erstellung einer neuen Integrationsstrategie. Die gehen wir jetzt mit Volldampf an. Ich habe euch, ich habe Sie eh darüber informiert, wir versuchen diese Strategie auch wirklich sehr breit aufzustellen mit allen NGOs und auch mit den Fraktionen, dass wir ein breites Fundament haben und ohne dieser Integrationsstrategie vorgreifen zu wollen, möchte ich einige Eckpunkte kurz hier präsentieren. Wir werden natürlich auch wieder Deutschkurse setzen, da wir überzeugt sind, dass die Sprache ein wesentlicher Schlüssel für die Integration ist. Wir

haben hier auch ein Projekt gemeinsam mit dem Land Steiermark geplant, nämlich, dass man nicht nur Kurse anbieten, sondern dass wir Sprachstandserhebungen durchführen, um den Menschen wirklich einen passgenauen Deutschkurs bereitzustellen. Wir haben natürlich auch wieder den großen Dolmetschpool im Programm und das Welcome-Paket. Soviel zum großen Bereich der Abteilung für Bildung und Integration.

Bildung hat natürlich auch vor allem was zu tun mit Fähigkeiten. Eine Fähigkeit, die alle Schülerinnen und Schüler in der Schule erlernen sollten, ist die Fähigkeit zu lesen und hier haben wir in unserer Stadt einen großartigen Partner mit der Stadtbibliothek, mit den acht Filialen, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, im Jahr gibt es über eine Million Entlehnungen in den Stadtbibliotheken. Also die Stadtbibliotheken machen wirklich eine großartige Arbeit (*Applaus ÖVP*) und wir werden das schon gewohnte Programm fortsetzen mit Aktionen wie La Pucca, Bücherboten, Bücherbus, Postsendungen und Schulpakete, für 2015/2016 haben wir auch neue Projekte vor und zwar Aktionen rund um das 75-Jahr-Jubiläum. Wir haben vor einen Ausbau der Bibliothek digital, einen Ausbau der La-Pucca-Sprachinseln und einen Ausbau der Barrierefreiheit durch Medien für Gehörlose und Blindensendungen per Postservice.

Als letztes Thema, das mir anvertraut ist, möchte ich den Sportbereich jetzt kurz beschreiben. 300.000 Menschen, die sich in unserer Stadt bewegen, das ist wirklich gewaltig. Sport ist für eine Kommune essentiell und aus meiner Sicht ist Sport eine ganzheitliche Förderung, Sport ist gesund, Sport ist integrativ, Sport ist ein sozialer Faktor und aus meiner Sicht, und ich hoffe auch aus Ihrer Sicht, ist es das Gebot der Stunde, auch den Sportbereich auszubauen. Und um die Sportstadt Graz auch weiterhin Sportstadt Graz nennen zu können, sind drei Säulen wichtig. Die erste Säule ist die Jugendförderung. Dass wir die forcieren; die zweite Säule ist die Säule der Infrastruktur und die dritte Säule ist die Säule der Sportveranstaltungen.

Ich möchte Ihnen kurz ein paar Beispiele geben. Der Bund hat ja versprochen, dass er eine tägliche Turnstunde einführt. Leider hat der Bund hier Wort gebrochen, ich

glaube, da waren alle Fraktionen jetzt dahinter, wir haben alle unterschrieben, der Bund hat leider die tägliche Turnstunde bis heute nicht umgesetzt und wir haben geschaut, dass wir auch in unserer Verantwortung alles tun können und haben die tägliche Bewegungseinheit umgesetzt, die wird wirklich großartig genutzt. Zirka die Hälfte der Schulen sind bereits dabei, wir haben auch eine Studie in Auftrag gegeben, die ausgesagt hat, dass die Konzentrationsfähigkeit der Kinder nach der dritten Schulstunde bergab geht und durch eine kleine Turneinheit kann man die Leistungsfähigkeit wieder steigern. Also wenn es Ihnen Recht ist, da werden wir wirklich ordentlich daran weiterarbeiten, dass mehr Schulen sich an einer täglichen Bewegungseinheit beteiligen.

Die finanzielle Jugendförderung, die hat mein Vorgänger wirklich großartig umgestellt, es hat auch Jahre gegeben, wo nur zwei große Fußballvereine vor allem gefördert wurden und mein Vorgänger hat schon umgestellt, dass die Vereine dann Geld bekommen, wenn sie auf die Jugend setzen, nämlich pro Mannschaft 1.100 Euro, und da hat es wirklich ein Umdenken gegeben und hier werden wir weiter festhalten. Wir werden auch die Feriensportkurse wieder anbieten, da können wir 7000 Kinder abholen und ihnen unsere Vereine auch näherbringen (*Applaus ÖVP*).

Die Bezirkssporttage, das ist ein neues Projekt, das ist mir wirklich ein Herzensanliegen, wollen wir auch kommende Jahre umsetzen, und zwar ist mein Anliegen, dass wir den Kindern in der unmittelbaren Nähe im Bezirk das Vereinsangebot näherbringen. Da haben wir jetzt im Herbst in Andritz so einen Pilotversuch gestartet, da haben 500 Kinder daran teilgenommen und ich möchte mir das Ziel setzen für 2015, dass wir vor allem die rechte Muruferseite hier bedienen.

Ich komme jetzt zur zweiten Säule: der Sportinfrastruktur. Die Projekte sind Ihnen bekannt, wir werden mit dem Doppelbudget den Mitteltrakt des ASKÖ-Zentrums angehen, das ist wichtig, dass wir die Sanierung jetzt wirklich auch fertig machen, die Halle A wurde ja neu gebaut, die Halle B saniert und im Mitteltrakt soll ein Leichtathletikleistungszentrum entstehen. Die dreifache Sporthalle in der Hüttenbrennergasse ist auch wirklich ein großartiges Projekt, wo wir zusätzlich

250.000 Ballsportkontakte durchführen können. Die Sanierungen und Adaptierungen im Trainingszentrum Weinzödl für die anglo-amerikanischen Sportarten ist mir auch ein Herzensanliegen, da gibt es bereits einen Gemeinderatsbeschluss, das werden wir jetzt forcieren und die Eishalle beziehungsweise die UPC-Arena, brauche ich jetzt nicht speziell ausführen, da haben wir in der letzten Sitzung wirklich breit darüber diskutiert. Nur einen Satz dazu. Mit der Sanierung der Eishalle können wir den Eissport auf Jahrzehnte absichern. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Sache. *(Applaus ÖVP)*.

Die dritte Säule stellen die Sportveranstaltungen dar. Da ist es ganz, ganz wichtig, die jungen Menschen einfach einmal von Sport zu begeistern, ihnen Veranstaltungen näherzubringen, dass man sie mittel- und langfristig auch wirklich an Sport bindet. Hier gibt es den Graz-Athlon, den Marathon, ich habe wirklich versucht, in dem Jahr alle Sportveranstaltungen aktiv mitzumachen, das war gar nicht so ohne. Aber das war auch eine gute Erfahrung.

Abschließend darf ich mich noch einmal bei all jenen bedanken, die es ermöglicht haben, dass dieses Doppelbudget zustande kommt. Beginnen darf ich bei Finanzstadtrat Gerhard Rüscher, der trotz vieler Begehrlichkeiten auch die Finanzierung der Zukunft im Blick behält, mein Dank gilt dir und deinem Team ebenso, zu nennen ist die Finanzdirektion, die wurde heute schon mehrfach zu Recht beklatscht: Mag. Dr. Karl Kamper und Michi Kicker. Persönlich darf ich mich bei meinen Abteilungen bedanken, für die Stadtbibliotheken bei Dr. Peter Grabensberger und Frau Mag. Roswitha Schipfer, für die ABI bei Dipl.-Ing. Günter Fürntratt und Harald Petscher, für das Sportamt bei Mag. Gerhard Peinhaupt und Team und ich möchte mich auch noch einmal bei meinem Büro bedanken, das mich in diesem Jahr wirklich großartig unterstützt hat, bei der Martina Kaufmann, Mag. Manfred Schaffer, Mag. Andreas Stöckler, Gabi Obenaus und Karin Jernej *(Applaus ÖVP)*.

Es ist ja so üblich, dass man am Schluss ein Zitat oder ein Gedicht aufsagt. Ich möchte ein Zitat kurz strapazieren. Der chinesische Philosoph Laotse hat einmal gesagt: „Verantwortlich ist man nicht nur dafür, was man tut, sondern auch dafür, was man

nicht tut.“ In diesem Sinne bitte ich alle hier im Gemeinderat vertretenen Personen, diesem wirklich zukunftssträchtigen Budget zuzustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Stadträtin Elke K A H R

Sehr geehrte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, liebe Kollegen und Kolleginnen in der Stadtregierung!

Ich habe jetzt deshalb so gelacht, weil ich wollte nämlich ursprünglich meinen Beitrag auch mit einem Zitat anfangen und ich habe das meinem Lebensgefährten zu Hause gezeigt und er hat gesagt, streich das bitte, weil du musst ja nicht unbedingt zeigen, dass du so gescheit bist, jetzt habe ich es gestrichen und verrate es euch nicht. Ich hadere nämlich immer damit, ob ich auch so Zitate und Sprüche sagen soll, weil es gibt natürlich viele gute und tolle, das ist unbestritten, und es sind auch alle, die heute angesprochen worden sind, gut, aber ich...

Zwischenruf unverständlich.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Nein, das wäre Berthold Brecht gewesen, das kann ich nur verraten.

Liebe KollegInnen! Der gemeinsame Budgetbeschluss hat zur Folge, dass wir in der Frage des Wohnens in Graz und wir, damit meine ich die KPÖ, und natürlich ich und mein Amt etwas optimistischer in die Zukunft sehen können. Weil wir die Wohnverhältnisse kennen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir uns stets dafür eingesetzt, dass zusätzlicher kommunaler Wohnbau geschaffen wird. 21.000 Familien und Personen erhielten in den letzten 30 Jahren in Graz eine Gemeindewohnung. Im Durchschnitt vergeben wir jährlich 600 bis 700 Wohnungen und sie bieten, es ist heute auch schon angesprochen worden, älteren, jungen Menschen dauerhaften, gesicherten und bezahlbaren Wohnraum. Im Zentrum steht für uns immer die Frage,

was wir tun können, um den Wohnungssuchenden, aber auch unseren BewohnerInnen in den Gemeindewohnhausanlagen, zu helfen. Die Mieten in den städtischen Gemeindewohnungen liegen um 40 % unter dem steirischen Richtwert. Wir halten trotzdem unser Mietzinszahlungsmodell, wonach niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Wohnkosten bezahlen muss, weiterhin aufrecht und wir halten auch weiterhin den Kautionsfonds beim städtischen Wohnungsamt aufrecht, auch im Wissen, dass es natürlich wünschenswert wäre, Land, Stadt und auch gemeinnützige Einrichtungen, die auch jetzt oft Zuschüsse zu Kautionen leisten, um die Einstiegskosten zu minimieren, zusammenzuführen und in einen gemeinsamen Topf hier anzubieten und zwar steiermarkweit. Solange es das aber nicht gibt, wird es diesen Kautionsfonds beim Wohnungsamt auch weiterhin geben. Erstmals wird es in den kommenden zwei Jahren, und das ist heute auch schon angesprochen mehrmals, deswegen führe ich das gar nicht so weit aus, eine ausreichende Grundstücksbevorratung tatsächlich für den Ausbau von mehr Gemeindewohnungen geben und ich sage erstmals deshalb, weil auch bei vielen Bemühungen, und wir waren nie die, die jetzt besonders gejammert haben, weil auch wenn heute Stadtrat Eustacchio sagt, dass er sich Budgets mit Null gegenüber sieht, da sind auch wir jahrelang gegenübergestanden, es hat einfach für Immobilienankäufe viele Jahre, zum Beispiel die letzten zwei Jahre, exakt null im Budget gegeben. Das, liebe Daniela, ist jetzt anders, das steht tatsächlich im Budget auch drinnen, also das, glaube ich, hat der Gerhard Wohlfahrt vielleicht euch nicht gesagt. Das gilt übrigens auch für die Sanierungen von Gemeindewohnhäusern. Parallel dazu wird ein Konzept erarbeitet, das der Stadt Graz erstmals wieder selbst erlauben wird und ermöglichen wird, Gemeindewohnungen selbst zu bauen und damit sind wir nicht Schlusslicht, wie heute die Kollegin Gemeinderat Bauer gesagt hat, sondern dann sind wir eigentlich wieder an erster Stelle, weil leider nicht nur viele Gemeinden in der Steiermark überhaupt Gemeindewohnungen verkauft und privatisiert haben, schon lange, nicht einmal die Stadt Wien baut mehr selbst Wohnungen und nicht einmal mehr im Übertragungswohnbau seit 2006 und

überlässt das komplett nur mehr den Gemeinnützigen. Das heißt, der Grund und Boden, der ja in Kommunen nicht vermehrbar ist, wird damit aus der Hand gegeben. Deshalb wäre eigentlich ganz eine wichtige Forderung, um heute bei dem Katalog von meinem Kollegen Robert Krotzer anzuschließen, eine wichtige weitere Forderung auch die Mehrwertabgabe, wenn es bei Umwidmung von Grund und Boden geht, das ist eine ganz wichtige Frage.

Mit der Gründung des Eigenbetriebes Wohnen am 1.1.2015 kann das Sanierungsprogramm für 421 Wohnungen und einem Gesamtvolumen von zehn Millionen Euro für die kommenden zwei Jahre beginnen. In 13 Wohnhäusern werden Lifte eingebaut und fünf städtische Wohnhäuser werden umfassend saniert. In Kooperation mit dem Umweltamt wurden in den letzten Jahren 1000 Gemeindewohnungen wurde dort Fernwärme eingebaut. Im kommenden Jahr werden weitere 300 Wohnungen an das Fernwärmenetz angeschlossen. Ein diesbezügliches Stück haben wir heute noch auf der Tagesordnung.

Das tägliche Leben muss gemeistert werden. Die Tage lehren uns aber und wir sehen das auch tagtäglich, dass wir gerade auf kommunaler Ebene, also dort, wo wir den Menschen am nächsten sind, alles dafür tun müssen, dass soziale Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Stadt nicht eingeschränkt, sondern ausgeweitet werden. Denn die Bewältigung des täglichen Lebens wird, wie heute auch schon einige KollegInnen angesprochen haben, für immer mehr Menschen sehr, sehr schwer. Es gibt viele Studien, Armutsberichte und Statistiken, die diese Entwicklung belegen. Manchmal fragt man sich aber auch, verstehen und begreifen die Entscheidungsträger im Bund, im Land, von der EU rede ich gar nicht, was damit eigentlich gemeint ist und was das dann bedeutet? Welche Veränderungen es in unserer Gesellschaft eigentlich braucht, um für alle Menschen ein besseres und erträgliches Leben zu ermöglichen. Wir sehen das in unserem Büro und in unserer Arbeit tagtäglich, in welch unzumutbaren Umständen Leute leben müssen und wie Geschäfte mit der Wohnungsnot gemacht werden. Erst vor kurzem habe ich auch im Rahmen der Bau- und Anlagenbehörde, weil wir dort für die Kontrolle zuständig sind, also für die Baupolizei erst wieder

ersucht ein Benützungsverbot, Garagen wurden vermietet und dort haben mehrere Familien gewohnt und das in einem bürgerlichen Bezirk, nicht im Bezirk Gries, um das nur als ein Beispiel anzuführen. Es wurde heute auch zu Recht schon angesprochen, dass die Arbeitslosenzahlen in Graz sehr hoch sind, so hoch wie nie zuvor und viele überhaupt keine Hoffnung haben, in der nächsten Zeit eine Arbeit zu bekommen. Und was sehr schlimm ist, dass so viele Kinder davon betroffen sind. In der Steiermark sind es fast 50.000 Kinder und Jugendliche, die von Armut betroffen sind und letztendlich auch ihre Eltern, das ist klar, und von Haus aus eigentlich fast kaum eine Chance haben, ein besseres Leben vorzufinden und deshalb haben wir gerade als Kommune, weil wir ihnen am nächsten sind und das sehen, gerade eine besondere Verpflichtung und jeder Euro, den wir hier ausgeben, ist eine gute Investition und eine richtige Investition.

Die Sparprogramme der Regierung und vor allem auch die Vorgaben, die durch die EU gegeben werden, das hat mein Kollege schon angesprochen, vollkommen richtig, die erhöhen den Druck auf die Städte. Und ich möchte es jetzt trotzdem noch einmal an dieser Stelle betonen, weil auch die Kollegin Schleicher von der FPÖ gesagt hat, dass die Frau Kahr gesagt hat, so Schulden, so salopp, das ist uns wurscht. Ich persönlich hier als Stadträtin bin seit zehn Jahren, wir haben die Notwendigkeit am sparsamen und behutsamen Umgang mit Budgetmitteln immer eingehalten, wir sind nämlich das einzige Amt gewesen, die diese Eckwertvorgaben immer eingehalten haben (*Applaus KPÖ*). Ich sage nicht, dass das uns immer leicht gefallen ist, weil es jetzt endlich sehr wohl auf Kosten gegangen, dass das so war, das hat was damit zu tun gehabt, weil andere die Prioritäten hier anders gesehen haben, unter anderem auch euer Kollege Stadtrat Eustacchio. Wir haben darauf geachtet, dass das nicht der Fall ist, dass die Eckwerte und die Budgets zumindestens ein Weiterarbeiten der KollegInnen in den Ressorts ermöglicht, dass es zu keiner sozialen Schieflage in unserer Stadt Graz kommt und dass behutsame Investitionen in eine richtige Richtung gehen. Und insofern sage ich, ist kein striktes Einhalten eines Stabilitätspaktes für mich immer richtig, weil für die richtigen Bevölkerungsgruppen eingesetzt wird, nicht für die

Reichen, für die Banken und Konzerne, sondern für jene Menschen, die es brauchen (*Applaus KPÖ*) und, das muss ich auch dazusagen, da muss man gar nicht hochnäsiger und überheblich dem gegenüberstehen, weil niemand von uns hier kann wissen, wie schnell es einen persönlich trifft durch eine gesundheitliche Einbuße, durch eine Trennung, wenn man das täglich sieht, wie wir bei uns im Büro, wir haben über 5.000 Leute jährlich bei uns im Büro, berufstätige Leute, Selbstständige, Studenten mit einem guten Abschluss, die keinen Job finden. Wenn es hier diese Sozialsysteme nicht gäbe, glauben Sie mir, dann würde die Statistik derer, die an der Armutsgrenze liegen, um ein Vielfaches höher sein.

Als zuständige Wohnungsstadträtin möchte ich noch einmal heute betonen, dass das Thema Wohnen neben dem Engagement, Arbeitsplätze zu schaffen, zu einer der wichtigsten politischen Aufgaben zählt. Man sagt das auch so leicht in Sonntagsreden und es wird auch immer wieder gesagt, Wohnen ist ein Menschenrecht, vor allem in den letzten Jahren hört man das auch immer vor Wahlen, auch die Kollegin Bauer hat heute gesagt wieder, wo wir Schlusslicht wären, da muss man schon ehrlich bleiben, es war nicht immer so, auch hier in unserem Gemeinderat und in dem Haus nicht immer so. Ich bin froh, dass es mittlerweile so gesehen wird und ich bin auch optimistisch, noch einmal, dass wir künftighin hier wirklich einen Schritt weiterkommen, weil es dringend notwendig ist. Aber das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum braucht auch ein Regulativ im privaten Wohnungsmarkt, weil gerade dort ist besonders die Preistreiberei zu Hause und gerade dort wird das Geschäft mit der Wohnungsnot besonders arg betrieben. Der Spekulation mit Wohnraum müssen deshalb Schranken gesetzt werden und deshalb braucht es auch eine Mietrechtsreform, die diesen Namen auch verdient.

Ich möchte nur in ein paar Punkten Forderungen, die wir ewig schon erheben, die auch die Gewerkschaft, die auch die Mieterschutzverbände immer wieder erheben, aber interessanterweise die Hausherrenlobby noch immer einen stärkeren Einfluss auf die Regierung hat offenbar als diese Organisationen, die tagtäglich eigentlich diese Gebrechen sehen in der Realität. Deshalb braucht es klar festgelegte

Mietzinsobergrenzen, das ist ganz wichtig. Wir haben Nettomieten am privaten Wohnungsmarkt von 11/12/13 und oft 14 Euro, das ist jenseits von dem, was mittlere Einkommen sich leisten können und wenn man schon das nicht zusammenbekommt, dann müsste man sich wenigstens einigen darauf, und das wäre eine Sache, die wir durchaus im Land Steiermark regeln könnten, den Richtwertzins, der in der Steiermark immerhin zu den dritthöchsten gehört mit 7,44 Euro, wenigstens wieder auf das Maß von dem Wiener Richtwert mit 5,32 Euro zu setzen, das ist noch immer nicht billig, aber würde wenigstens eine Entlastung bringen für viele private Mieter und Mieterinnen, die auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen sind. Natürlich gehören auch die Befristungen von Mietverträgen abgeschafft, weil das ist in einigen europäischen Ländern gang und gäbe, unter anderem auch in unserem Nachbarland Bayern, das durchaus nicht von einer fortschrittlichen Regierung geführt wird. Aber auch die Maklergebühren sind vom Erstauftraggeber zu bezahlen und nicht vom Vermieter. Erst vor kurzem in Deutschland hat man das beschlossen, also nicht etwas, was gänzlich unmöglich ist. Ich sage das deshalb, weil auch, wenn wir natürlich im kommunalen Wohnbau weiterkommen und hier ein gutes Regulativ zum privaten Markt schaffen, ohne diese Maßnahmen wird aber der Wohnungsdruck trotzdem nicht viel geringer werden. Also diese Maßnahmen auf Bundesebene braucht es unbedingt. Wichtig ist natürlich, dass auf Landesebene jetzt endlich nachgezogen wird, was die Wohnbeihilfe betrifft, aber, und das möchte ich heute an der Stelle schon sagen, weil ich nicht weiß, ob sich alle damit schon beschäftigt haben, man muss aufpassen, dass diese Mehrkosten nicht durch eine Bestimmung im neuen Wohnbauförderungsgesetz wieder sozusagen über die MieterInnen wieder zurück hereingeholt wird. Wenn man nämlich im Land nun beschließt, die Annuitätensprünge abzuflachen und gegen Ende der Förderungsdauer extreme Mieterhöhungen, also diese Mietensprünge, zu verhindern, aber diese Abflachung hauptsächlich durch höhere Einstiegssätze erreicht wird, muss man genau hinschauen, ob das in Summe wirklich eine Erleichterung für die Mieter und Mieterinnen darstellt oder ob die nun bescheiden erhöhte Wohnbeihilfe für etwaige

Mehrkosten von den MieterInnen nicht gleich wieder abgeschöpft wird. Das ist ein wichtiger Punkt, wo man hinschauen wird müssen. Also das ist noch nicht beschlossen, aber so wie wir diese Informationen erhalten haben, deutet alles in diese Richtung hin.

Ich möchte gar nicht ein Plädoyer heute einmal mehr halten, dass natürlich auch ein ganz wichtiges Thema ist der Erhalt von öffentlichem Wohnraum und das gilt für die Kommune, natürlich genauso für das Land Steiermark, aber auch für den Bund. Deshalb war die Entscheidung hier ja auch richtig, die Kirchnerkaserne das Areal für die Stadt Graz auch zu sichern und damit, egal, ob man jetzt Grünraum dort für die Bevölkerung schafft oder betreutes Wohnen oder was immer, aber das wird zunehmend wichtiger, Grund und Boden zu sichern und öffentlichen Wohnraum zu erhalten.

Ich bin seit zwei Jahren auch für das Ressort Zusammenleben verantwortlich. Es ist heute schon angesprochen worden, und für das Friedensbüro. Den Schwerpunkt haben wir hier in den letzten Jahren mit sehr bescheidenen Mitteln gesetzt, vor allem in der Aufrechterhaltung und dem Aufbau von Stadtteil- und Nachbarschaftszentren in Bezirken, die einen besonderen Unterstützungsbedarf gebraucht haben. Zur Zeit gibt es acht Stadtteil-Nachbarschaftszentren, deren Arbeit mittlerweile nicht mehr wegzudenken ist, das Friedensbüro wurde von uns beauftragt, mit der Koordination, Begleitung und Vernetzungsarbeit und ab kommenden Jahr, die Klubs müssten diese Information auch schon haben, wird es eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe geben, die die Schwerpunktgebiete für die kommenden Jahre gemeinsam erarbeitet. Dabei geht es um die Absicherung von Zentren genauso wie für den Aufbau neuer Nachbarschaftszentren und konkrete Unterstützung für Projekte in Siedlungen. Die Siedlungsmediation, wie die Kollegin Marak-Fischer schon angesprochen hat, ist natürlich wichtig, wird weiterhin auch ein Schwerpunkt für uns bleiben, auch in der Finanzierung, wird auch gut angenommen das Projekte Navas, gut, muss man jetzt fragen, es geht ja um Nachbarschaftskonflikte, aber es ist gut, dass es von der Bevölkerung angenommen wird. 138 Konfliktfälle hat es gegeben, ein Lösungsansatz

war von 88 %, das ist doch sehr gut, nicht alles konnte natürlich gelöst werden, aber die KollegInnen leisten da wirklich eine ganz, ganz ausgezeichnete Arbeit.

Ebenso positiv ist das Projekt „Hallo Nachbar“. Dem sind wir zuerst eher skeptisch gegenüber gestanden, zeigt sich aber, dass es doch gut angenommen wird, das ist die Wohneinbegleitung für neue Gemeindemieter und Gemeindemieterinnen, es sind mittlerweile doch 150 in diesem Jahr neue Mieter, die dieses Angebot angenommen haben. Hinzu kommt, dass das Friedensbüro in diesem Jahr vermehrt in Siedlungen im Sinne einer mobilen Gemeinwesenarbeit unterwegs war. Besonders gut angenommen wurden Müllworkshops und Spiel- und Hofaktivitäten mit Kindern und Jugendlichen.

Die Bau- und Anlagenbehörde, da deckt sich vieles, was mein Kollege Mario Eustacchio schon angesprochen hat, nanet-nana, wir teilen uns dieses riesige Amt. Über 80.000 Bescheide, Mitteilungen und Rückscheine, unzählige Termine, Baubesprechungen und Beratungen gar noch nicht miteingerechnet- zeigen, wie hoch eigentlich in diesem Amt die Anforderungen und Kompetenzen sind und diese Arbeit von den KollegInnen dort auch ausgezeichnet geleistet wird. Um das Bauamt in der Öffentlichkeit zu präsentieren, führen wir seit Anfang dieses Jahres unter dem Titel „Bauamt vor Ort“ monatliche Veranstaltungen in den Bezirken durch. Großteils werden sie gut angenommen, es gibt eine durchwegs gute Resonanz und dabei ist es wichtig, Informationen zu geben und die Leute auch über ihre Rechte, aber natürlich auch manchmal Pflichten, zu informieren. Ein weiterer Schritt in diese Richtung soll ab nächstes Jahr mit dem Bauverhandlungsbuss gesetzt werden, darauf sind wir sehr stolz, wenn der eingesetzt wird. Wir haben immer so etwas wie ein Dezernat für Sofortmaßnahmen, wie es in Wien gibt, eigentlich uns gewünscht, das ist so ähnlich. Damit kann man einfach vor Ort rascher Baubescheide während der Verhandlung eigentlich schon ausfolgen und das ist, wenn es gewünscht wird, natürlich auch eine ganz tolle Sache und beschleunigt vieles.

In Richtung KundInnenfreundlichkeit geht auch das Projekt „Bescheide verständlich und lesbar schreiben“. Den elektronischen Akt hat der Kollege Eustacchio schon

angesprochen, wir haben auch bei uns in der Baubehörde natürlich diese bessere Erreichbarkeit über Aktentracking und noch vieles mehr, es wird auch einen Bauleitfaden für den Kanal geben, einen Aufbau einer Homepage und insgesamt muss man sagen, und das ist eigentlich eine ganz wichtige Information, weil wir haben ja doch mehr Personal bekommen und es hat schon dazu geführt, dass die Bearbeitung der Akten um mehr als 40 % beschleunigt werden konnte und erreicht werden konnte, das ist eine ganz, ganz tolle Leistung und hier gebührt der Abteilungsvorständin Mag.^a Verena Ennemoser und allen KollegInnen der Bau- und Anlagenbehörde ein ganz herzliches Danke. Dieses Riesen-Amt mit allen Abteilungen zu führen, ist keine Kleinigkeit und ganz ein herzliches Danke dafür (*Applaus KPÖ*). Dasselbe gilt natürlich für meine KollegInnen im städtischen Wohnungsamt, dem ich doch schon recht lange vorstehen darf. Das, was hier tagtäglich geleistet wird im Wohnungszuweisungsreferat, in der Hausverwaltung, in der technischen Abteilung, in der Wohnbau- und Wohnungsinformationsstelle das lässt sich in keinem Redebeitrag wirklich gut ausführen. Über 10.000 Beratungs- und Informationsgespräche jährlich werden hier intensivst mit Menschen geführt, die Anforderungen steigen jährlich, dabei die Qualität in der Beratung und vor allem in der hohen sozialen Kompetenz zu halten, ist nicht selbstverständlich. Hinzu kommt, dass parallel dazu in diesem Jahr der Eigenbetrieb Wohnen neben der täglichen Arbeit aufgebaut wird und es ist mitunter wirklich in diesem Jahr an die Grenzen unserer Kolleginnen und Kollegen gegangen. Es ist vor allem auch der Verdienst unseres neuen Abteilungsvorstandes Mag. Gerhard Uhlmann, der wie ein Kapitän hier auch in schwierigen Situationen nie die Übersicht verloren hat und mit hoher fachlicher Kompetenz unseren KollegInnen und mir auch immer bestens zur Seite gestanden ist, ein ganz großes Danke dafür (*Applaus KPÖ*).

Ich weiß, dass ich schon über der Redezeit bin, aber auch der Herr, den ich jetzt erwähne, ist ja auch über die Pensionierung hinaus geblieben, das ist der wirklich seit langem uns gut zur Seite gestandene Dr. Norbert Wisiak, ich möchte mich an dieser Stelle bei ihm ganz, ganz herzlich auch bedanken, weil er eben bis weit über seine

Pensionierung uns mit seiner Erfahrung und Kompetenz zur Seite gestanden ist und uns vor allem bei der Erarbeitung der Vergaberichtlinien sehr, sehr geholfen hat bis zuletzt. Danke dafür (*Applaus KPÖ*).

Der Dank einer Stadträtin gilt natürlich allen MitarbeiterInnen hier in der Stadt Graz, gilt allen Abteilungen, allen Beteiligungen, der Holding und Haus Graz, für mich ist es immer noch die Stadt Graz und der Magistrat. Ich komme mit diesen vielen neuen Namen oft schwer zurecht, das hängt damit zusammen, weil ich schon seit 20 Jahren da Kommunalpolitikerin bin und die alte Zeit länger erlebt habe. Aber ich möchte mich bei allen wirklich ganz herzlich bedanken, vor allem beim Sozialamt und Jugendamt, mit dem wir beim Wohnungsamt sehr, sehr eng mit vielen Fragen zusammenarbeiten und natürlich der Abteilung für Immobilien, der Katharina Peer. Danke auch an den Wohnungsvergabeausschuss, allen voran Herrn Prof. Gemeinderat Spath, der den immer sehr vorbildlich führt (*Applaus KPÖ*). Natürlich auch ein großes Danke an die KollegInnen im Friedensbüro, allen voran Jutta Dier und ein großes Danke an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat und an meine Kollegen in der Stadtregierung (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Stadträtin, es ist ja immer wieder schön zu sehen, dass Kolleginnen und Kollegen, die hier im Gemeinderat mitgearbeitet haben, immer wieder zurückkehren an den Ort ihres Wirkens und ich begrüße auch Frau Gemeinderätin Gertrude Schloffer ganz, ganz herzlich (*allgemeiner Applaus*).

Stadträtin Lisa R Ü C K E R

Liebe Besucher, Besucherinnen auf der Galerie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, sehr geehrte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen!

Wenn wir heute den Ausführungen zum Budget, insbesondere dem Budgetreferenten, zugehört haben, dann haben seine Aussagen doch auch tief blicken lassen. Es gibt aber Widersprüchlichkeiten, die er eigentlich sehr schön transparent gemacht hat, auf die ich jetzt doch noch kurz eingehen möchte, weil wir ja diesem Budget aus mehreren Gründen nicht zustimmen. Unter anderem auch mit dem Vorwurf, dass hier ein Kartenhausbudget präsentiert wird und heute zur Abstimmung gebracht wird. Welche Widersprüche hast du, Gerhard, transparent gemacht, ein paar davon. Das eine Thema, das du angesprochen hast, ist nämlich dieses Leiden daran, dass die Ertragsanteile zurückgehen mit dem gleichzeitigen Hinweis darauf, dass zum Beispiel die damalige Einstellung der Vermögenssteuer unter anderem von Bundesseite dazu beiträgt, dass wir heute bei den Ertragsanteilen Probleme haben. Diese Widersprüchlichkeit, nämlich in der Rolle der ÖVP da und dort wird hier wieder einmal transparent gemacht, das heißt, auf einer Seite wird auf Bundesebene von Seiten eurer Brüder und Schwestern im Geiste eurer Partei Politik gemacht, die dann gemeinsam den Kommunen massiv auf den Kopf fallen und das drückt sich ja nicht nur in dieser Frage aus, sondern in vielen Fragen, die auch mit dem Finanzausgleich heute wieder angesprochen wurden, dass hier auf Bundesebene von einer lange Jahre verantworteten Politik von SPÖ und ÖVP de facto Politik gegen die Kommunen gemacht wird und seit langen Jahren das hier herinnen beklagt wird, ohne dass sich in den letzten Jahren daran was verändert hätte und dieser sogenannte Sachzwang, der sich dann daraus ableitet, führt dann dazu, dass Budgets mit weniger Einnahmen auskommen müssen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Der Herr Bürgermeister hat schon was verändert.

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Ja, ein Ding wurde womöglich verändert, aber generell ist dieses ewige Jammern einfach etwas, was innerhalb eurer Fraktion endlich einmal auch durchkommuniziert werden müsste, dass hier bei solchen Entscheidungen, die so nachhaltig sind, und wir hatten heute auch schon die Gemeindezusammenlegungen als einen Begriff, wo eben auch nicht darauf geachtet wurde, was das letztendlich dann bedeutet für die große und für den zweitgrößten Ballungsraum in Österreich, wurde offensichtlich vorher nicht näher betrachtet und das hat offensichtlich mit Kommunikationsproblemen zu tun, die dann wiederum Wirkung zeigen in solchen Budgetentwürfen.

Noch ganz kurz zu den Einnahmen, weil das war ja auch eines der Themen, das uns, als wir sehr ernsthaft versucht haben, mit ÖVP und SPÖ ein Budgetgespräch oder Budgetgespräche zu führen, dazu bewegt hat, sehr offen darüber zu reden, dass wir alle miteinander, und das hat sich heute erwiesen, vielleicht außer der FPÖ, die nehme ich da jetzt nicht hinein, ganz ähnliche Notwendigkeiten sehen, die in dieser Stadt dringende Hausforderungen sind, das ist ja nicht das Problem gewesen bei der Diskussion. Die Frage der Finanzierung und die Frage der Leistbarkeit, das hat uns nicht zusammengebracht bei den Verhandlungen, weil wir eben sehr offen und sehr klar gesagt haben, wir werden auch auf der Einnahmenseite etwas tun müssen, wenn wir uns leisten wollen und leisten können müssen, was wir in Zukunft brauchen. Hier gibt es keine Bereitschaft, einen Weg zu verlassen, der sich sozusagen auf die Ohnmacht und auf dieses Verschieben auf andere Ebenen zurücklehnt (*Applaus Grüne*).

Nachdem heute schon einige Zitate benutzt worden, wollte ich heute schon die Hannah Arendt zitieren, aber das hat der Herr Stadtrat schon gemacht, der Kurt

Hohensinner hat mir das Laotse-Spruchwort weggenommen, aber ich bin eh keine Sprichwortklopperin, aber einen Satz möchte ich doch anführen, der mir heute in der Früh beim Lesen der Presse untergekommen ist, da habe ich über die Frau Griss, die ja momentan sehr medial präsent ist, das ist die Leiterin der Untersuchungskommission zur Hype-Alpe-Adria. Die sagt und richtet der Politik aus: „Allen immer alles recht zu machen, kann nicht die Aufgabe der Politik sein.“ Und da kommen wir zum zweiten Thema, das uns bei unseren Budgetgesprächen auseinandergebracht hat, nämlich das Thema, das uns schon in der Koalition auseinandergebracht hat, das ist immer wieder das Thema, in der Mobilität auch einmal eine Entscheidung zu treffen, in die richtige Richtung weiterzugehen. Unser Vorschlag, unser sehr konkreter Vorschlag war zu sagen, finanzieren wir doch den öffentlichen Verkehr aus dem Autoverkehr, das war eigentlich ein Vorschlag gewesen, über den wir weitergeredet haben und genau dort, wo es immer wieder darum geht, in der Mobilität auch einmal zu entscheiden und sagen, wir können es in dem Bereich in dieser Stadt uns nicht mehr leisten, es allen immer recht zu machen, sondern es wird einmal notwendig sein, es richtig zu machen, hier kommen wir offensichtlich nicht zueinander und da werde ich als Umweltstadträtin weiterhin lästig sein, weil wir mit dem Thema Autoverkehr nicht nur viele Folgesituationen haben, die unerträglich sind, was die Luft, den Lärm und den Raum anbelangt, sondern eben auch Kosten auf uns zukommen, die weit und breit nicht abzudecken sind (*Applaus Grüne*).

Und jetzt komme ich noch zu einem Beispiel der letzten Tage, das zeigt, wie kurzsichtig in manchen Bereichen dieses Budget aufgesetzt ist. Wer in der Stadt unterwegs war gestern und vorgestern, vorgestern war, es kurz vor sieben, gestern war es kurz vor sechs, und in der Innenstadt unterwegs war hat gesehen, dass fast alle Straßenbahnen, die in dieser Stadt unterwegs sind, gestanden sind. Einmal war es ein Vorfall vor der Rosegger-Kreuzung in der Annenstraße, also stadteinwärts, ein Unfall einmal irgendwo rund um den Jakominiplatz oder Herrengasse. Alle Straßenbahnen dieser Stadt standen fest, sogar eine Stunde, der Thomas Rajakovics

war gemeinsam mit mir Zeuge vorgestern. Weil wir Straßenbahnen nach wie vor, nämlich alle, die in dieser Stadt fahren, durch das Nadelöhr der Herrengasse führen. Jetzt gibt es in dieser Stadt seit Jahren den Beschluss beziehungsweise auch die Vorsorge, die finanzielle Vorsorge, das richte hier noch einmal an den Verkehrsstadtrat, im Bereich der Südwest-Linie, wo diese Innenstadtentflechtung, von der schon seit 30 Jahren geredet wird, eigentlich stattfinden sollte. Wenn dieser Kurs, nämlich das Beschlossene auch durchzusetzen beziehungsweise umzusetzen, fortgesetzt worden wäre in den letzten zwei Jahren in dem Ausmaß, in dem es notwendig gewesen wäre, dann würden wir heute an dem Zeitpunkt sein, wo wir kurz vor der Einreichbewilligung stehen würden und innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre so etwas nicht mehr vorkommen würde. Aber, was ist passiert und genau in diesem Budget werden genau diese Maßnahmen noch einmal eigentlich abgesagt für die nächsten zwei Jahre, weil Investitionskosten im Bereich öffentlicher Verkehr sind de facto hinausgeflogen. Ihr habt ein paar Planungskosten wieder hingestellt, die eh schon drinnen stehen, es fehlt die Planung, aber es gibt auf der anderen Seite auch null Offensive im Bereich öffentlicher Verkehr und das war der dritte Punkt, warum wir bei den Budgetverhandlungen nicht gesehen haben, dass hier die Bereitschaft ist, in diesem Bereich weiterzukommen. Dieses Budget ist nicht ein Fiasko, wie es die FPÖ beschreibt, dieses Budget ist auch nicht der Untergang der Stadt, weil ich mich auch dagegen verwehre, dass eine Stadt, die so viele Potentiale hat und einige davon immer noch gut nutzen kann, jedes Mal dem Untergang geweiht wird, wenn die FPÖ über diese Stadt spricht, dagegen verwehre ich mich und da sind wir auch in einer anderen Position zu diesem Budget und da möchte ich mich ganz klar abgrenzen (*Applaus Grüne*). Neben dem Faktum, dass die FPÖ sich heute wieder sehr deutlich, und da muss ich als Frau darauf Stellung nehmen, sich wieder als Bubenpartei erweist, die ein großes Frauenproblem hat.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Wir verwehren uns auch.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ein Beispiel, es tut absolut nichts zur Sache, ob eine Mandatarin oder ein Mandatar so oder so gekleidet ist, das hat hier nichts verloren (*Applaus Grüne*) in einer Welt von heute. Und ich muss noch einen zweiten Punkt aufgreifen, wo auch sehr frauenfeindlich argumentiert wurde, das war die Frau Gemeinderätin Schleicher zum Thema, in den Frauenbeschäftigungsprojekt wird getratscht und genäht. Frauenbeschäftigung beziehungsweise Beschäftigungsprojekte, und das genau in der Zeit, wo wir von einer hohen Arbeitslosenrate reden und von einer, die auch steigen wird, wie wir allen Prognosen leider entnehmen müssen, Beschäftigungsprojekte schaffen Arbeit, womit dann jene Personen, die sonst über Sozialleistungen oder über Arbeitslosengeld finanziert werden würden, zu Beiträgern werden, die bekommen ein Einkommen, von dem sie dann Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer entrichten. Das heißt, diese Beschäftigungsbeiträge sind produktiv eingesetztes Geld und da geht es nicht nur um Tratschen und Nähen, sondern da geht es ganz klar darum, Menschen...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Auf Kosten der Steuerzahler.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Naja, der Steuerzahler finanziert einen Zuschuss dazu, dass am Ende diese Personen wieder zu Steuerzahlern und zu kaufkräftigen Teilhaberinnen dieser Gesellschaft werden und dazu bekennen wir uns allemal (*Applaus Grüne*).

Und noch ein Wort zum Thema Nachhaltigkeit. Die Frau Marak-Fischer hat heute sehr imponierend die ganz wichtigen Grundsäulen zum Thema Nachhaltigkeit hier präsentiert. Kann ich alles unterschreiben, ist halt leider nur viel Wort und wenig Tat dahinter, wenn man ins Budget genau hineinschaut. Dieses Budget, und wenn man von Nachhaltigkeit sprechen, dann sprechen wir wiederum auch von der Wirkung auf eine Volkswirtschaft hier vor Ort. Die Investitionen in diesem Budget werden de facto heruntergedrosselt auf ein fast unerträgliches Maß, das heißt, der Wirtschaftsmotor, den die Kommune bietet und jetzt gerade bieten sollte, wird massiv in Frage gestellt und damit ist Nachhaltigkeit, nämlich vor allem, was ab 2016 und folgende folgt...

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: 260 Millionen, Frau Kollegin.

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Aber wesentlich reduziert, Herr Bürgermeister. Sie wissen, dass von den frei zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln de facto keine mehr da sind, die ganze Liste, die wunderbare Vorhabensliste, über die wir diskutiert haben, ist de facto nicht eingestellt. Das sind alles Wünsche, die aufgelistet sind, aber de facto nicht dargestellt in der Finanzierung und damit ist diese Investitionskraft zurückgenommen und der Motor der Stadt wird heruntergedrosselt in einem sehr gefährlichen Ausmaß.

Dieses Budget hat auch wenig Ambitionen, es ist ein Programm, wo sich drei Parteien für eine Ein-Tages-Ehe, nämlich für genau heute, für die Budgetpartnerschaft für einen Tag zusammenfinden, um dann keine Antworten zu geben darauf, was passiert nach zwei Jahren Gebührenstopp. Keine Antworten darauf zu finden, was passiert, wenn jetzt ein Ticket beschlossen wird, zu dem wir stehen, zu einem günstigeren ÖV-Ticket sind wir immer gestanden, das unterstützen wir, aber es wird nicht dazu

gesagt, womit werden diese Menschen dann transportiert werden. Das heißt, es werden ganz viele Fragen in den Raum gestellt und mit diesem Budget nicht beantwortet. Das ist der Grund, warum wir diesem Budget nicht zustimmen können. Und von Nachhaltigkeit ist deswegen auch wenig die Rede, wenn man sie genauer anschaut.

Jetzt komme ich zu meinen Bereichen. Zuerst zum Umweltbereich, ich habe es schon angesprochen. Die Frage der Lebensbedingungen, Umweltbedingungen in einer Stadt sind ganz wesentlich dafür verantwortlich, ob Menschen hier gerne und gut leben können oder nicht und dafür ist die Politik verantwortlich. Es gibt zwei Ansätze, und da bin ich sehr stolz auf das Umweltamt und alle Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, die dort arbeiten, die inzwischen sehr erfolgreich umgesetzt werden. Das Umweltamt ist sehr intensiv im Bereich der strukturellen Veränderung. Ich nenne das Programm zur Kommunalen Energie-Effizienz, wo inzwischen wirklich über das ganze Haus Graz hinweg in sehr umfassender und sehr konkreter Arbeit und inzwischen auch schon wirksam werdend in Einsparungen in Millionenhöhe im Bereich des Energieeinkaufes, Energieeffizienzmaßnahmen gesetzt werden. Ein Programm, das wir gemeinsam mit der GBG in diesem Jahr schwerpunktmäßig umsetzen, das wir zehnmal zehn Objekte auf Energieeffizienzstandards heben, um damit Energie zu sparen. Ich sage auch immer dazu, jede Ressource, die nicht verbraucht wird, ist die besteingesparte Ressource und dann reden wir als Nächstes von Effizienzmaßnahmen.

Ein zweiter Bereich, der eben auch ein konzertiertes strukturelles Vorgehen ist, ist natürlich die Frage, wie wir weitertun mit der Grazer Fernwärme. Hier wird sehr intensiv an Prognosen beziehungsweise einem Plan gearbeitet, wie das weitergehen wird. Natürlich muss das Anliegen sein, sie versorgungssicher weiterhin leistbar und vor allem auch mit so hohem Anteil wie möglich nachhaltig zu produzieren. Hier ist das Umweltamt führend aktiv und viele wichtige Ansätze liegen hier inzwischen auf dem Tisch.

Ein dritter Punkt, der aus der strukturellen Herangehensweise zum ressourcenschonenden Umgang der Stadt mit ihren Ressourcen beiträgt und eine

soziale Frage angreift, ist der beschlossene Aktionsplan, das Aktionsprogramm gegen Energiearmut, wo wir die Maßnahmen jetzt in Vorbereitung für das nächste Jahr gerade haben und wo wir hoffen, dass einige davon in übergreifender Zusammenarbeit mit dem Sozialamt, mit dem Wohnungsamt auch in Umsetzung kommen; ein ganz ein wichtiger Ansatz, der nicht nur energieeffizient ist, sondern vor allem auch dazu beitragen soll, dass die Nebenkosten für die Menschen in dieser Stadt erträglicher gestaltet werden können und dass es auch ein nachhaltiger Zugang, weil er eben nicht nur einmal für einen Gebührenstopp sorgt, sondern nachhaltig versucht, den Menschen eine leistbare Versorgung in dem Bereich sicherzustellen.

Ein zweiter Bereich, den ich im Umweltamt neben den strukturellen Ansätzen, die inzwischen gut verzahnt funktionieren, sehe, ist, dass Menschen, die nachhaltig leben wollen, und in dieser Stadt gibt es zum Glück viele davon, Unterstützung erfahren in unterschiedlichster Form, ob es einzelne Förderungen sind für Aktivitäten, ob es die Gemeinschaftsgärtner sind, ob es Menschen sind, die im Bereich Solar investieren wollen oder auch Betriebe, die zum Beispiel mit einem Lastenrad transportieren statt mit einem Kfz. Hier gibt es viele Angebote und einige Ansätze, die Menschen in dieser Stadt dazu ermutigen, nachhaltiger zu leben und wie gesagt, die BürgerInnen sind da oft schon weiter als die Politik und insofern bin ich froh, dass wir hier unterstützen können.

Ein weiterer Schwerpunkt im nächsten Jahr wird sein, und das wird auch sich an BürgerInnen genauso wie an Institutionen richten, wird sein, dass wir als erste Kommune ein sehr brauchbares Abfallvermeidungsprogramm auflegen werden, wo wir wirklich sehr bürgernahe und auch in einer Form der Informationspolitik an die Menschen herantreten werden und sie dabei unterstützen, dass man, bevor man Abfall trennt, zuerst einmal angehalten ist, ihn zu vermeiden, weil das, wie gesagt, auch hier die schonendste Herangehensweise an Ressourcen ist.

Zum Thema Luft und Energie kündige ich es hier noch einmal an, zum Thema Feinstaub und vor allem Stickstoffdioxiden wird es notwendig sein und wir werden das weiter betreiben über den Autoverkehr in der Stadt weiter nicht nur zu

diskutieren, sondern hier endlich auch zu Maßnahmen zu kommen, die ein ungezügelttes Wachstum in eine andere Richtung lenken, damit Luft, Lärm und auch die Sicherheitsfrage anderes gelöst werden können. Da werde ich nicht aufhören, lästig zu sein.

Ich komme jetzt zum Bereich des Gesundheitsamtes. Generell ist Gesundheitspolitik in einer Kommune, die teilweise abhängig ist von Strukturen, die in Österreich ja ewig lang in Reformprozessen dahinentwickelt werden und teilweise auch leider nicht entwickelt werden, gar keine so einfache Aufgabe. Aber wir sehen zunehmend, und das hat der Gesundheitsbericht vor zwei Jahren gezeigt, es zeigt auch das Leitbild beziehungsweise auch die Schwerpunkte, wo wir derzeit die großen Baustellen sehen, dass Gesundheit und Soziales sehr eng zusammengehören. Es geht darum, Menschen Zugang zu gesundheitsfördernden beziehungsweise gesundheitsformenden Lebensbedingungen zu ermöglichen, die jetzt noch keinen leichten Zugang dorthin haben beziehungsweise aus diesen Systemen herausfallen. Eine wichtige Baustelle, die leider sehr stark mit den Finanzierungsvorgaben des Landes zusammenhängt und auch mit der mangelnden Bereitschaft der Sozialversicherungsträger, das ist das schon diskutierte Thema der Suchtprävention beziehungsweise Suchtkrankenbetreuung. Hier sind einige Dinge noch offen, das Land stellt uns hier leider in Aussicht, weniger Geld an die Stadt fließen zu lassen beziehungsweise sind wir da dringend am Verhandeln mit den Sozialversicherungsträgern, dass sie hier endlich im Bereich der Versorgung von Suchtkranken miteinsteigen. Ich hoffe, dass wir da im Jänner und Februar weiterkommen, aber das wird die große Herausforderung im nächsten Jahr sein, hier eine langfristige Sicherstellung der Mittel auch zu erreichen.

Darüber hinaus möchte ich ganz kurz auf den Hinweis mit der Impfstelle eingehen, den der Gerhard Rüschi eingebaut hat. Ich bin die erste Stadträtin seit den vielen Stadträten, die es in dem Bereich in den letzten Jahren gegeben hat, die hier zugesagt hat und da in Vorbereitung ist, einen Projektauftrag auch umzusetzen, um diese

Prüfung dieser Fragestellung, die du in den Raum gestellt hast, auch wirklich umzusetzen, das möchte ich hier einfach einmal nur so gesagt haben.

Ich komme jetzt zum Kultur- und Kunstbereich. Ihr habt in der Zeitung gelesen, dass ich prinzipiell zufrieden bin mit dem Kulturbudget, das kommt aber auch nicht aus dem Himmel gefallen, das richte ich jetzt auch an einen Kollegen, der heute gesagt hat, er hat kein Geld in seinem Budget. Ich habe sehr intensiv mit dem Gerhard Rüschi und sehr früh über das Kulturbudget verhandelt und ich konnte in einem sehr fairen Gespräch ihm auch klarmachen, dass es nicht gehen wird, dass wenn wir einerseits Valorierungen im Bereich der großen Häuser haben, die natürlich sinnvoll sind, weil dort einfach Kosten sicher weiterentwickeln, dass die sich zu Lasten einer freien Szene und anderer Bereiche auswirken und wir haben hier eine Form gefunden, dass es möglich ist, einerseits innerhalb des Budgets etwas mehr in Richtung der kleinen Träger auch umzuschichten beziehungsweise auch sicherzustellen, dass diese Kulturstadt sich auch weiterhin mit stolzer Brust Kulturstadt nennen darf und das darf sie, weil sie hat eine Vielfalt, wie sie sonst zu suchen ist, und genau die Wechselwirkung der freien Szene und der großen Häuser ist das Besondere, was Graz in dem Bereich so stark macht.

Ich möchte auf Schwerpunkte in dem Bereich eingehen, die mir sehr wichtig sind. Ich habe es schon präsentiert und es funktioniert, wie wir sehen, auch schon sehr gut. Wir haben speziell einen Kinder- und Jugendschwerpunkt gesetzt, weil ich davon ausgehe, dass Teilhabe am kulturellen Leben genauso zur gesellschaftlichen Teilhabe gehört, wie alle anderen Bereiche und wir vor allem Kinder und Jugendliche hier versuchen zu erreichen, die von Haus aus weniger Möglichkeiten haben, sich künstlerisch zu entfalten beziehungsweise diesen Bildungsschwerpunkt auch zu erleben, das ist der eine Ansatz. Das Zweite, was ganz gut gelungen ist heuer und was wir fortsetzen werden, ist eben, wie gesagt, im Bereich der freien Szene, im Bereich der Einzelkünstler- und -künstlerinnen, die ja auch nicht gerade zu den Reichen der Gesellschaft gehören, wenn man die Statistiken anschaut, sondern immer oder viele

von ihnen unter der Armutsgrenze, leben hier stärkere Möglichkeiten zum künstlerisch Tätigsein zu setzen.

Meine Redezeit ist aus, ich werde damit auch schon beenden. Mein Büro hat mir ausgerichtet, ich darf mich heute nicht bei ihm bedanken, ich werde es trotzdem tun, mache es voran. Sage aber natürlich auch hier an alle MitarbeiterInnen in den drei Ämtern, im Gesundheitsamt, im Umweltamt, im Kulturamt stellvertretend heute hier Peter Grabensberger als Leiter, Werner Prutsch als Leiter, der Herr Dr. Künstler als Leiter und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön. Es wird Großartiges geleistet. Ich bin froh um jede Diskussion, die wir miteinander führen und vor allem um jedes Ergebnis, das wir gemeinsam zustande bringen und dafür auch möchte ich herzlich danke sagen und Ihnen allen für eine doch über weite Strecken spannende Zusammenarbeit, ob es in den Ausschüssen ist oder in dem einen oder anderen individuellen Themenbereich, wo wir uns treffen und wünsche insofern ein spannendes Jahr im nächsten Jahr. Aber wie gesagt, dem Budget können wir deswegen nicht zustimmen, aus den Gründen, die ich genannt habe (*Applaus Grüne*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard R Ü S C H

Ich fahre fort, es wird Großartiges geleistet in den Ämtern, auch in den Ämtern, für die ich verantwortlich bin, und ich möchte zunächst einen kurzen Überblick geben bevor ich dann auf einige Diskussionspunkte der Diskussion über das Budget eingehe. Die Aufgaben der Finanzdirektion dürften allgemein bekannt sein, wir haben heute ein Beispiel von der intensiven Tätigkeit, gerade dann, wenn es ein Doppelbudget gibt. Es werden im Laufe des nächsten Jahres, und auch der nächsten Jahre, drei wichtige neue Aufgaben bei der Finanzdirektion anstehen. Die erste Aufgabe ist, dass wir uns zunehmend einstellen müssen auf, wenn ich das so sagen darf, auf die Maastricht-Fähigkeit der Stadt, die Maastricht-Regeln werden strenger, sie werden auch genau überwacht, sie werden auch konkreter, sie sind leider derzeit immer noch nicht sehr konkret, es gibt zum Beispiel keine, entgegen anders lautenden Meinungen, keine Vorschrift für die einzelne Gemeinde. Das Problem für die Stadt Graz ist, dass in der Maastricht-Definition der Stadt nicht alle Beteiligungen zur Stadt gezählt werden. Zum Beispiel wird die Holding jedenfalls noch nicht zur Stadt gezählt, und dann eben Defizite zu ermitteln, die berücksichtigen, dass die Holding noch nicht dabei ist, das wird eine große Herausforderung sein. Wir würden es uns gerne viel einfacher machen, nämlich, wir würden gerne mit dem konsolidierten Haushalt operieren und auch steuern, dann hätten wir diese Probleme überhaupt nicht. Maastricht wird auch, wenn man so will, für die Stadt sozusagen als drittes Regelwerk aufgepfropft, wir haben natürlich die normalen Regelungen nach der VRV, ordentliche und außerordentliche Gebarung das ist ausschließlich der Magistrat. Dann haben wir unsere konsolidierte Betrachtung, in der wir alle Beteiligungen, bei denen die Stadt zu mindestens 50 % beteiligt ist, miteinfassen, aus meiner Sicht die einzige wirklich optimale und vernünftige Darstellung, auch für die Steuerung, für das Controlling und dann kommt jetzt eben Maastricht dazu, das ist sozusagen halb/halb, es ist statt etwa mit der GBG mit einigen anderen Beteiligungen, aber noch nicht

umfassend, das wird eine große Herausforderung sein. Ebenso die Einführung der Topik. Es ist geplant, in der Steiermark, ich glaube ab 2018, auch die Gemeinden, die Topik mitverwenden, die Kameralistik wird ja deswegen nicht aufgehoben oder ausgeschaltet, aber es wird hier eben ein weiteres Rechnungssystem geben, das auch mit großen Herausforderungen für die Finanzdirektion verbunden ist.

Letzter Punkt, die Finanzdirektion hat sich Gedanken gemacht über eine Neuorganisation, über eine effizientere Organisation der Finanzdirektion und der angeschlossenen Ämter, das Rechnungsamt und das Amt für Gemeindeabgaben, und da stehen auch einige Entscheidungen an auch deshalb, weil hier Abteilungsleiterposten frei werden. Darüber hinaus das laufende Geschäft des Budgetcontrollings, nicht nur der Magistratsabteilungen, sondern auch der Beteiligungen. Beim Rechnungsamt, Vorstand ist Ernst Pucher, gibt es eine riesige Herausforderung und zwar deshalb, weil durch den österreichischen Stabilitätspakt alle Ämter, und damit aber auch das Rechnungsamt, jeweils mit 19. Jänner, muss man sich vorstellen, mit 19. Jänner eines neuen Jahres einen kompletten Rechnungsabschluss haben muss. Das ist heuer zum ersten Mal eine riesige Herausforderung, die aber, denke ich, von allen Beteiligten, und da kann man nicht nur dem Rechnungsamt gratulieren, sondern selbstverständlich auch allen Budgetisten in den verschiedenen Abteilungen, danken für die gute Arbeit, dass das möglich geworden ist.

Manfred Mohab leitet die Abteilung für Gemeindeabgaben. Wir erwarten uns im Laufe der nächsten Jahre oder des nächsten Jahres essentielle Schritte bei der Reform der Grundsteuer, wo wir die Arbeit sehr nützlich brauchen können von der Abteilung und bin auch überzeugt, dass das neue, so wie ich weiß, das neue digitale Programm für die Hausabgaben dort sehr bravurös geleistet wird, das sind alles Dienstleistungen, die für den internen Dienst und für das Budget insgesamt sehr bedeutend sind.

Ich komme damit zur Immobilienabteilung, Leiterin ist die Frau Katharina Peer. Es sind im Wesentlichen drei Schwerpunkte, die uns im nächsten Jahr erwarten. Es ist

das Sonderwohnbauprogramm, wir haben heute sowohl beim Budget als auch von der Elke Kahr schon gehört, dass das ein Schwerpunkt sein wird, dass wir beim Wohnbauprogramm nicht nur den Übertragungswohnbau, so wie wir ihn gefördert kennen vom Land, verstärken werden, sondern eben auch versuchen werden, ein eigenes Modell Grazer Wohnen auf die Beine zu stellen. Hier sind entsprechende Grundstücke erforderlich. Sie sollen von der Immobilienabteilung bereitgestellt werden.

Nächster Schwerpunkt sind die Grundstückseinlösen für einen weiten Bereich, ist eine wichtige innere Dienstleistung für unsere Abteilungen und Beteiligungen, nämlich im Grundstückseinlösen beim Hochwasserschutz, für Straßenbahntrassen, für Reininghaus etwa, dann Einlösen für die Josef-Huber-Gasse, Leonhardgürtel, das ist ein weiter Bereich und ein großer Schwerpunkt dieser Abteilung.

Der letzte Punkt ist, im nächsten Jahr wird es wieder eine größere Übersiedlung geben und zwar von der ITG, von der CityCom und vom Umweltamt in das neue Styria Headquarter, da sind zwei Stockwerke von der Stadt angemietet und die Übersiedlung soll im nächsten Jahr erfolgen. Darüber hinaus wird das Amtshaus einen zusätzlichen Lift bekommen.

Ich komme zum Personalamt. Das Personalamt ist klarerweise sehr stark eingebunden in die laufenden Geschäfte. Es gibt aber drei Schwerpunkte, die ich für nächstes Jahre nennen möchte. Das Personalamt hat eine Schlüsselstellung bei den Personalmaßnahmen, die wir vereinbart haben in der Dreierunde, nämlich, dass es keine automatischen Nachbesetzungen gibt. Gemeinsam mit dem Reformteam der Magistratsabteilung und auch mit dem Finanzdirektor sollen Nachbesetzungswünsche zunächst einmal einfach auf ihre Relevanz geprüft werden, was passiert, wenn nicht nachbesetzt wird, einfach hier die verschiedenen Antworten zu geben, und nachdem wir im Jahr zirka 100 Nachbesetzungen haben, ist schon klar, dass diese Gruppe eine sehr intensive Aufgabe haben wird. Wir wollen gerne einen Schwerpunkt setzen, übrigens Erich Kalcher, Dr. Kalcher, der Leiter, wie Sie wissen, ebenfalls hier anwesend. Beim Fehlzeitenmanagement, da gibt es schon ein

Pilotprojekt. Wir haben eine Reihe von Personen, die von sehr, sehr langen Langzeitkrankenständen, von Personen, die bisher lange Zeit krank sind, und wir haben festgestellt auch in diesem Pilotversuch, der, glaube ich, unter anderem mit dem Kulturamt auch durchgeführt wurde, dass eine spezielle externe Betreuung jedenfalls und die intern übernommen werden soll, die Wiedereingliederung sehr viel leichter fällt und dass dann auch die größere Gewähr gegeben ist, dass diese Personen dann wieder ihre gute Beziehung zu ihrem Arbeitsplatz finden und wir damit die Krankenstände reduzieren können, das wird ebenfalls ein Schwerpunkt sein. Und der letzte Schwerpunkt ist auch eine interne Dienstleistung, die Nebengebührenordnung gibt es seit vielen, vielen Jahren, sie wurde nicht mehr neu aufgelegt, nicht mehr bereinigt, sondern nur immer wieder ergänzt, sodass selbst Dr. Kalcher, glaube ich, manchmal sehr gut studieren muss, um sich dort auszukennen, es fehlt einfach eine Neuauflage von diesem Bereich.

Ich komme damit zum Wirtschaftsressort. Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung arbeitet an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung als serviceorientierter Dienstleister. Wir haben in vielen Gesprächen festgestellt und haben auch einige Unternehmen speziell gefragt, das was vielen Unternehmen fehlt in der Stadt, ist das Gefühl einer entsprechenden Wertschätzung. Es geht bei Unternehmen gar nicht so vordergründig darum, sehr viele Förderungsmittel zu bezahlen, die Unternehmen wissen, dass das Wirtschaftsressort ein sehr, sehr kleines Budget hat, aber es geht insgesamt um einfach viel Wertschätzung und auch um Koordinierung von Dienstleistungen innerhalb der Stadt. Ich möchte schon erwähnen, es sollten nicht nur die Arbeitslosenziffern genannt werden, die leider nicht nur sowohl von der Höhe als auch von der Tendenz natürlich für die Stadt große Probleme mit sich bringen. Das ist aber unter anderem eben auch Ausfluss des starken Bevölkerungswachstums in der Stadt. Wir haben nämlich Beschäftigungshöchststände. Wir haben in der Stadt Beschäftigungshöchststände und haben noch nie so vielen Leuten Beschäftigung geben können, die Wirtschaft hat noch nie so vielen Leuten Beschäftigung geben

können, aber nachdem eben dieses Bevölkerungswachstum so stark ist, galoppieren leider auch die Arbeitsplätze davon. Was versuchen wir von Seiten des Wirtschaftsressorts zu machen? Es gibt insgesamt vier Schwerpunkte, das ist die Kreativwirtschaft, die Energie und Umwelttechnik, Humantechnologie, Mobilität und wir haben als Fünftes den Tourismus dazu geführt. In diesen fünf Stärkefeldern setzen wir die Hauptmaßnahmen an. Es geht vor allem darum, dass wir versuchen, nicht nur jungen Menschen, aber es sind sehr viele junge Menschen dabei, vor allem Absolventen von unseren Hochschulen, Fachhochschulen, Universitäten sozusagen Starthilfe zu geben in die Selbständigkeit und auch zur eigenen Produktion. Wir versuchen das durch Mitunterstützung, wir versuchen das durch die Unterstützung von Coworking-Räumen, bei denen für relativ günstiges Geld Produktionsmittel und auch Dienstleistung bezogen werden können, abgesehen davon, hier ein sehr gutes Netzwerk zwischen den Unternehmerinnen und Unternehmern entstehen kann. Das ist ein Schwerpunkt, wir versuchen über den Klub der GründerInnen auch diejenigen, die mit eigener Produktion beginnen von Produkten und diese marktfähig machen wollen untereinander zu vernetzen und das untereinander Lernen können, das ist ein großer Schwerpunkt der Wirtschaftsabteilung. Weiters versuchen wir, die Kontakte zu unseren wichtigen Unternehmen, das sind die Unternehmen, die für die Beschäftigung am stärksten beitragen, das sind große Unternehmen, die Sie alle kennen, die weltweit erfolgreich agieren, in sehr nahen Kontakt zu treten, um von ihnen auch durchaus Anleitung für die Stadtentwicklung zu bekommen und auch Anreize zu finden. Wir haben übrigens für die Neugründung von Unternehmen auch das N4 übernommen, das war der Business-Inkubator am Nikolaiplatz, ist inzwischen eine städtische Einrichtung geworden. An diesem N4 gibt es auch den Schwerpunkt von Integration der Migrantinnen und Migranten in der Wirtschaft.

Darf ich noch ganz kurz auf den Tourismus als Stärkefeld zurückkommen. Der Graz Tourismus hat mit dem Advent, der gerade wieder in Betrieb ist, oder jedenfalls diese Adventstände und Gestaltung an den Plätzen in der Stadt, einen riesigen Erfolg. Wir haben ganz, ganz starke Steigerungen bei den Nächtigungsziffern und wir warten ja

alle schon gespannt, bis dieses Jahr vorbei ist, weil es dieses Jahr gelingen könnte, dass wir zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt die magische Zahl von einer Million Nächtigungen überschreiten könnten, es schaut jedenfalls danach aus. Der Advent leistet dazu einen sehr, sehr großen Beitrag. Ich darf auch noch erwähnen im Zusammenhang mit dem Tourismus, dass wir sehr erfolgreich das Projekt Genussstadt Graz vorantreiben. Sie wissen, es gibt zum Beispiel als einzelne Maßnahme im August immer die Genussstafel am Hauptplatz für insgesamt 700 Personen und wenn Sie vielleicht einmal Lust haben, daran teilzunehmen, da müssen Sie sich jetzt ganz, ganz schnell für das Jahr 2015 anmelden, weil Mitte Dezember sind normalerweise diese 700 Plätze voll ausgebucht, das ist ein riesiger Erfolg geworden und es ist auch deshalb sehr schön und toll zu erwähnen, weil diese Maßnahme einfach eine funktionierende und ganz, ganz tolle Zusammenarbeit aller Gastronomen in der Innenstadt ist. Wenn das gelingt, auch bei den Händlern und den anderen Geschäften in Graz eine derartige Zusammenarbeit zustande zu bringen, dann bin ich überzeugt, wird das auch im Bereich der Altstadtgeschäfte noch mehr Chancen geben, als es derzeit gibt und wir werden dann sicherlich auch weniger leere Geschäftslokale haben. Zu erwähnen von der Wirtschaftsabteilung möchte ich noch gerne den Club Zukunft, der hat sein zehnjähriges Jubiläum gefeiert, wir hatten vor wenigen Tagen im Minoritensaal eine große Veranstaltung, bei der über 400 Personen teilgenommen haben. Es ist einfach ein bisschen die Möglichkeit, hier auch der Kreativwirtschaft und auch einfach Personen, die sich um die längerfristige Entwicklung von Wirtschaft Gedanken machen, eine Plattform zu bieten.

Ich komme damit zu meiner letzten Abteilungszuständigkeit. Das ist das Referat für BürgerInnenbeteiligung. Timo Köhler ist der Leiter, übrigens vergessen habe ich zu erwähnen, dass die Leiterin der Wirtschaftsabteilung Frau Mag.^a Andrea Keimel ist. Die besonderen Aufgaben für 2015 des Referates für BürgerInnenbeteiligung dürften bekannt sein, es geht darum, die Leitlinien für die BürgerInnenbeteiligungen bei Vorhaben der Stadt in die Tat umzusetzen in die Verwaltungsrealität, erster Schritt ist die Erstellung und Betreuung der Vorhabensliste. Wir sind auf einem guten Weg und

wird auch das Referat sicherlich im Laufe des nächsten Jahres sehr, sehr stark herausfordern. Dieser Vorgang wird auch begleitet weiterhin von der Karl-Franzens-Universität, wie wir das bisher schon hatten, und aufmerksam zu machen ist auch, dass Mitte des Jahres 2015 insgesamt sieben Mitglieder des Beteiligungsbeirates neu gewählt werden.

Ich möchte mich nochmals bei den genannten AbteilungsleiterInnen und Referatsleitern bedanken, selbstverständlich ist damit auch das gesamte Team gemeint und ich darf den Rest meiner Redezeit nutzen, um auf einige Argumente im Zusammenhang mit der Diskussion des Doppelbudgets einzugehen.

Zunächst einmal möchte ich gerne Märchenbildungen hier einfach entgegentreten. Ich habe das, glaube ich, deutlich in meinem Referat gesagt und ich wiederhole es hier. Allein von unserem Zahlengerüst bleiben wir bis zum Ende des Doppelbudgets bis Ende 2016 im Rahmen des vereinbarten Stabilitätspaktes. Ich hoffe, dass das damit allen zur Kenntnis gekommen ist, wir bleiben bis Ende 2016 im Rahmen des Stabilitätspaktes. Das Budget als ein Kartenhaus zu bezeichnen, ist für mich völlig fremd und zwar einfach deshalb, weil wir in dieser Dreierunde sehr intensiv darüber diskutiert haben, dass wir eben nicht hier und jetzt schon alle Investitionswünsche in das Budget einstellen können. Würden wir das tun, dann könnte es vielleicht ein Kartenhaus sein, aber da ist ja gerade eine besondere inhaltliche Härte entstanden, dass wir gesagt haben, so wie das Budget jetzt vorgelegt wurde, auch in der Mittelfristplanung, haben eben, vom Schwerpunkt Wohnen abgesehen, die anderen Investitionsschwerpunkte, ich habe sie ja genannt, derzeit keinen Platz. Wir haben vereinbart, dass sobald freie Investitionsmittel da sind, diese Mittel eingesetzt werden können dafür. Also das als Kartenhaus zu bezeichnen, verstehe ich ehrlich gesagt nicht ganz.

Letztlich möchte ich gerne auf einige Überlegungen vom Armin Sippel eingehen und zwar nicht auf seine polemischen, die soll jeder für sich bewerten. Übrigens ist mir aufgefallen, du hast schon ein Glück mit deinem Klub, weil irgendwie ist dein Klub

sehr leicht zu unterhalten, habe ich gefunden (*Applaus ÖVP*). Ich habe auch den Eindruck gehabt, lieber Armin, du hast mehr Zeit dafür verwendet, knackige Formulierungen zu finden, als das Doppelbudget zu lesen und das ist, ich meine das jetzt ganz, ganz ernst, das war auch etwas, was die Zusammenarbeit zwischen der FPÖ und uns belastet hat, es ist ganz ernst gemeint. Wir hatten immer das Gefühl, dass von euch niemand die Gemeinderatsstücke genau liest und sie dann damit eben auch wirklich in die Diskussion einbringt. Das war das Gefühl vom Thalersee angefangen, ich will das nicht wiederholen (*Applaus ÖVP*). Das, was du erwähnt hast über die Möglichkeiten der Tilgung usw., muss aus einem Grund ganz scharf, dem muss ganz scharf widersprochen werden und zwar darf ich jetzt auch, bin ich jetzt nach der Lisa Rücker dran, jetzt darf ich jemanden zitieren, den sie schon zitiert hat, nämlich die Frau Griss. In dem Griss-Gutachten wird der Bundesregierung vorgeworfen, dass bei der Notverstaatlichung keine Alternativen bewertet wurden. Aus dem Stück, aus dem du zitiert hast, das tatsächlich nicht öffentlich ist und im Ausschuss diskutiert wurde, das ist schon aus meiner Sicht ein großes Problem, wenn diese Stücke hier diskutiert werden im öffentlichen Bereich und wenn diese Stücke, auf welchen Wegen auch immer, in die Zeitung gelangen. Ich nehme das einfach zur Kenntnis. Aber das ist aus meiner Sicht ein hervorragendes Beispiel, wie es gemacht werden muss, die Finanzdirektion hat ein wunderbares Stück über die Zinssicherungsstrategie vorgelegt und hat sich Gedanken gemacht auf Auftrag, wie können wir mit der Rückzahlung des endfälligen Kredites im Jahr 2021 umgehen. Und was hat die Finanzdirektion gemacht? Sie hat mehrere Alternativen aufgezeigt, diskutiert und bewertet und hat eine Empfehlung abgegeben, die gestern, ich denke, alle die dabei waren, können das bestätigen, völlig ruhig diskutiert wurde und dem Vorschlag der Finanzdirektion wurde auch nachgekommen. Ich denke, so gehört es gemacht und wenn man dann irgendwas rauszieht, wie du das gemacht hast und hier versucht, Panik zu produzieren, dann finde ich, ich sage nicht die Reaktion, wir werden uns sicherlich nicht überlegen, ob wir in Hinkunft solche Papiere vorlegen

werden, weil wir es für wichtig halten und wir glauben auch, es ist wichtig, dass die Alternativen damit bekannt sind.

Ich möchte gerne auf einen einzelnen Punkt eingehen und das trifft auch den Gerhard Wohlfahrt, das ist dieser Verkehrsfinanzierungsvertrag, der morgen vermutlich für eine Zeitung in der Stadt ausreichend Begründung... zumindest eine Seite geben wird, die Stadt bezahle den Verkehrsfinanzierungsvertrag nicht an die Holding. Folgendes, wir haben insgesamt im laufenden Betrieb für den Verkehrsfinanzierungsvertrag für 2015/2016 jeweils 18 Millionen vorgesehen und im Verkehrsfinanzierungsvertrag ist festgehalten, dass diese Summe nicht einfach an die Stadtwerke bezahlt werden muss, sondern es gibt mehrere Möglichkeiten, wie man das abdeckt. Wir haben für 2016 und 2017 beschlossen, dass die Leistungen, die selbstverständlich erbracht werden, nicht von der Stadt, sondern von der Holding bezahlt werden und zwar aus folgendem Grund: Zunächst einmal, Gerhard Wohlfahrt hat das auch kritisiert, hat dann aber fairerweise festgehalten, das ist wichtig festzuhalten, konsolidiert ist das sozusagen wurscht, weil für die konsolidierte Betrachtung egal ist, ob das die Stadt bezahlt oder ob das die Holding bezahlt. Es gibt zwei gute Gründe, wieso wir das nicht bezahlen. Der eine Grund ist die Maastricht-Fähigkeit, die Holding zählt nicht zu Maastricht, die Stadt zählt sehr wohl zu Maastricht. Das heißt, alles was wir der Holding bezahlen, belastet das Maastricht-Defizit, das ist eine Geschichte. Zweitens ist es so, dass wir gesehen haben, dass unsere Beteiligungen mit Eigenkapital sehr hoch ausgestattet sind. Ich glaube auch nicht, dass es sehr gescheit ist, sehr viel Geld oder sehr viel Eigenkapital in der Beteiligung zu haben und gleichzeitig allenfalls mit der Maastricht-Fähigkeit Probleme zu haben. Wenn wir alle diese Zahlungen an die Beteiligungen leisten, so wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben, kommt noch ein Problem dazu. Diese Zahlungen verbuchen die Beteiligungen ja als Einnahmen und sie machen Erträge, gute Erträge und müssen sich überlegen, ob es nicht Maßnahmen gibt, um eine Steuer zu vermeiden, weil sonst auch Steuern anfallen. Ist auch nicht sehr gescheit. Das heißt,

wir haben das sehr lange diskutiert und wir waren uns einig, dass wir das für die nächsten Jahre nicht bezahlen. Ich darf im Übrigen auch sagen, dass der Verkehrsfinanzierungsvertrag der letzten zehn Jahre, ganz haben wir die noch nicht, vom KDZ bewertet wird und das KDZ hat schon aufmerksam gemacht, es wird eine andere Abgeltungsweise vorschlagen, als wir sie in der Vergangenheit gemacht haben. Also bitte keine Märchenbildung, es ist tatsächlich so, es wird von der Holding selbst bezahlt, wir bezahlen es nicht. Ich habe Ihnen hiermit die Gründe genannt.

Zur Grünraum-Million, Gerhard, kann ich nur sagen, die Grünraum-Million ist auch vereinbart bei der Holding budgetiert, im Investitionsbereich nicht bei der Stadt bei der Grünraumabteilung, sondern sie ist budgetiert bei der Holding und zwar 2015 und 2016 mit jeweils einer Million.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Im städtischen Budget?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nein, in der Holding, Investitionen bei der Holding. So, damit habe ich, glaube ich, die wichtigsten Kriterien... Also etwas noch, liebe Lisa, dass die Investitionen hinuntergerasselt sind, ist auch eine sehr eigenwillige Interpretation...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Rasseln werden.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Hinunterrasseln werden, ok, ich habe das hier wahrscheinlich falsch aufgeschrieben, macht nichts, ist eine sehr eigenwillige Interpretation. Wir

haben im Laufe der nächsten zwei Jahre vorgesehen 216 Millionen Euro Investitionen. Wieso sie 2017 runtergehen, habe ich erläutert, es wird eine Verschiebung geben, sodass das ziemlich gleichmäßig bei 100 bis 120 Millionen Euro sind. Also das ist gerade auch die Frage, die wir im Budget lösen müssen, wir wollen bei den Investitionen nicht heruntergehen, weil sie wichtig sind für die Zukunftsfähigkeit der Stadt und jetzt möchte ich gerne auch noch eine Interpretation für die Budgetverhandlungen bringen. Die Grünen haben vorgeschlagen, dass wir als Verkehrsabgabe das Road Pricing machen. Ich will jetzt nicht unfair sein und sagen, welcher Wert als Erstes vorgeschlagen wurde, sondern ich bleibe beim Road-Pricing. Das Road-Pricing können wir nicht einführen, auch das geht nur mit Landesgesetzgebung, wenn überhaupt, möglicherweise Bundesgesetzgebung. Also uns das vorzuwerfen, dass wir das nicht aufgreifen, ist, finde ich, in dem Zusammenhang nicht sehr fair. Ein weiterer Vorschlag war, und du hast es heute, Gerhard Wohlfahrt, wieder gebracht, dass die Euro-3-Busse möglichst schnell ausgetauscht werden durch Euro-6-Busse, nämlich mit 30 Millionen innerhalb der nächsten zwei Jahre. Wir haben uns dem genähert, nicht so, wie du das vorgeschlagen hast, aber wir haben einen Vorschlag gemacht. Ich möchte jetzt einmal aus übergeordneter Sicht durchaus die Frage stellen, nachdem mit euch die Budgetverhandlungen eben nicht geklappt haben, aber in dem Fall mit der KPÖ, wir haben 25 Millionen Schwerpunkt im Wohnbereich. Ich möchte durchaus die Frage stellen, was aus übergeordneter Sicht wichtiger ist, wir können uns beides nicht leisten, ob es für die Menschen in Graz, weil das eben 30 Millionen mehr bedeuten würde, noch mehr, ob es für die Menschen in Graz wichtiger ist, die Euro-3-Busse möglichst schnell und nicht erst bis 2019/2020 durch Euro-6-Busse zu ersetzen oder ob es nicht wichtiger ist, in der jetzigen Zeit, in der jetzigen Phase mit starkem Bevölkerungszuwachs im Wohnbau einen Schwerpunkt zu setzen, das ist eine politische Entscheidung, die ich einmal durchaus offenlasse, aber vor deren Bewertung ich mich ehrlich gesagt nicht fürchte (*Applaus ÖVP*).

Ich habe damit meine Argumente gebracht, ich danke nochmals für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina SCHRÖCK

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, liebe Gemeinderatsmitglieder, liebe AmtsvorständInnen, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Galerie, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bevor ich jetzt zu meinen Schwerpunkten im Budget 2015 und 2016 zu sprechen komme, möchte ich mich zu allererst einmal ganz herzlich bei all meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken in all meinen Abteilungen und in meinem Büro. Die Zeit der Budgetverhandlung, der Budgeterstellung ist immer eine sehr intensive Zeit, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen da gefühlt rund um die Uhr zur Verfügung, vernetzen sich wunderbar, arbeiten ämterübergreifend zusammen und finden auch immer wieder neue Lösungen für anstehende Fragen und Problemstellungen (*Applaus SPÖ*). Mein Dank gilt aber selbstverständlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzdirektion, auch wenn es heute schon ganz oft gesagt wurde, mir ist es auch wichtig, mich federführend bei zwei Persönlichkeiten zu bedanken, einerseits beim Budgetreferenten Michi Kicker und natürlich auch beim Finanzdirektor Karl Kamper. Vielen Dank euch beiden für euren Durchblick und euer Bemühen, unsere Vorstellungen auf den Boden zu bringen (*Applaus SPÖ*).

Wenn ich Ihnen die Budgetzahlen 2015 und 2016 für jene Abteilungen, für die ich innerhalb der Grazer Stadtregierung zuständig bin, vorstelle, dann sprechen wir von rund 29 % der Ausgaben der Stadt Graz. Der Anteil der Einnahmen liegt bei rund 18 %, weil es in meinem Bereich natürlich auch Einnahmen gibt durch die Rückverrechnung mit dem Land Steiermark beziehungsweise auch mit dem Bund. Insgesamt sprechen wir von einem Eckwert von 96.851.200 Euro im Jahr 2015 und 98.086.800 Euro im Jahr 2016. Wesentlich in meinen Bereichen sind die gesetzlichen Leistungen, die spielen sowohl im Jugendamt als auch im Sozialamt die Hauptrolle

und damit sind meine Budgetanteile auch fast ausschließlich in der ordentlichen Gebarung veranschlagt. Für kleinere Sanierungen stehen in der AOG 215.000 Euro beziehungsweise 225.000 Euro im Sozialamt zu Verfügung. Die Eckwerte im Sozialamt liegen 2015 bei rund 71 Millionen Euro, im Jahr 2016 bei rund 73 Millionen Euro. Die prozentuelle Aufteilung des Sozialbudgets hat heute die Frau Gemeinderätin Susanne Bauer in ihrer Spezialrede schon ausgeführt, ich werde daher auf die Wiederholung verzichten, aber eines möchte ich schon noch einmal ganz klar sagen: Faktum ist, und für die FPÖ auch zum Mitschreiben, der Großteil des Sozialbudgets geht in die stationäre Pflege und das müsstest gerade du, Kollege Eustacchio, schätzen oder vor allem auch einmal wissen. Und eines möchte ich an dieser Stelle auch noch dazusagen: Ich finde es wirklich unerträglich, wie die freiheitliche Partei auf die ärmsten Menschen in dieser Stadt immer wieder losgeht, das ist unerträglich (*Applaus SPÖ*).

Apropos Ärmste, ich komme jetzt zu einem Faktor, der Armut am besten verhindern kann, nämlich Arbeit. Im heurigen Frühjahr konnte ja das Referat Arbeit und Beschäftigung im Sozialamt installiert werden, damit hat die Stadt Graz als erste Kommune in Österreich ein ganz deutliches Zeichen gesetzt und beschäftigungspolitische Verantwortung übernommen. Das neue Referat ist Vernetzungs- und Koordinationsstelle für Organisationen und Institutionen im Bereich Arbeit und Beschäftigung und vertritt die Stadt Graz auch in allen relevanten Gremien zu diesem Thema. Das Referat sieht sich aber auch als Schnittstelle zwischen Bildung, Ausbildung und Arbeit. Und mir ist es ganz wichtig zu betonen, dass die Mittel, die wir in diesem Bereich einsetzen, vor allem dort einsetzen, wo andere Fördergeberinnen und Fördergeber nichts fördern oder an ihre Grenzen stoßen. Das sind vorwiegend niederschwellige Beschäftigungsprojekte, das sind Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit, das sind vordergründig Maßnahmen für sogenannte Nids, also Jugendliche, die einen Knick in ihrem Lebenslauf haben, die weder eine Schule besuchen, noch eine Ausbildung haben und die in keiner Statistik aufscheinen und die mit diesen Programmen wieder ganz langsam an Normalität und an einen

geregelten Tagesablauf und damit auch langfristig wieder an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden können (*Applaus SPÖ*). Und es wird in Zukunft auch ganz wichtig sein, eine Gruppe insbesondere zu unterstützen, nämlich die sogenannten Working Poor. Es ist eine Schande, dass es diese Gruppe überhaupt gibt, dass Menschen arbeiten gehen und zuwenig Einkommen zum Auskommen haben. Und um diese Gruppe werden wir uns ganz besonders kümmern, das entspricht auch der Situation am Grazer Arbeitsmarkt. Wie wir wissen, haben es vor allem in Graz Menschen sehr, sehr schwer, die eine geringe Ausbildung haben, einen geringen Bildungsabschluss haben, die nicht hochqualifiziert sind und die sich oft aus eigenen Mitteln nicht leisten können, dass sie sich weiterqualifizieren und dass sie Fortbildungen machen und gerade um diese Gruppe werden wir uns ganz insbesondere kümmern.

Die Lehrlings- und Ausbildungsinitiative „Graz bildet aus“ ist im heurigen Sommer gestartet. Bis 2017 sollen insgesamt 172 junge Menschen eine Ausbildung im gesamten Haus Graz erhalten. Die Stadt Graz kooperiert dafür erstmalig mit dem AMS und stellt zusätzliche Lehr- und Ausbildungsstellen zur Verfügung, die Ausbildungen verstehen wir als Sprungbrett für eine bessere Zukunft für unsere jungen Menschen in Graz. Ich denke, die Stadt Graz muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen und muss die Verantwortung jungen Menschen gegenüber auch ergreifen, damit junge Menschen bestmöglich ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen können in unserer Stadt (*Applaus SPÖ*). Täglich erfahren wir von Rekordzahlen bei der Arbeitslosigkeit und von schlechten Wirtschaftsprognosen und täglich erleben wir hautnah im Sozialamt, wenn Menschen unsere Unterstützung brauchen und ich denke, die beste Prävention und die beste Hilfe ist es nun einmal, wenn wir Menschen in Arbeit bringen und Menschen Ausbildung geben, damit sie möglichst niemals auf das Sozialamt kommen müssen, weil sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Es kann aber immer passieren, dass es im Leben nicht ganz glatt läuft, dass unvorhersehbare Ereignisse den einen oder die andere aus der Bahn werfen. Ich denke da zum Beispiel an ein

kleines Mädchen, das im Rollstuhl sitzt und an seine Eltern oder an eine 40-jährige Alleinerzieherin mit zwei Kindern, die ihren pflegebedürftigen Vater gut versorgt wissen will, auch der 53-jährige Spitzenmanager, der nach einem Schlaganfall zum Pflegefall geworden ist oder die drei Prozent der Grazer Bevölkerung, die aus verschiedenen Gründen in eine finanzielle Notlage geraten sind. Sie alle haben ein Recht auf ein reißfestes soziales Netz und sie alle haben ein Recht auf Leistungen aus einem System, das sozial verbindlich ist (*Applaus SPÖ*).

Auch unsere SozialCard hat sich österreichweit zum Vorzeigemodell etabliert und, liebe Kollegin Schleicher, ich bezweifle wirklich, dass ihr eine einwandfreie Kommunikation in eurem Klub habt, weil du in Frage gestellt hast, wie sich eigentlich der Bezieherkreis der SozialCard zusammensetzt. Der Mann, der vor dir sitzt, der Klubobmann, der hat das in der letzten Periode in sehr, sehr vielen Sitzungen mitverhandelt und dann noch einstimmig mit uns beschlossen, der kann dir das ganz genau sagen.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stv.in Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Es sind immer noch die gleichen Kriterien, Armin Sippel, es sind immer noch die gleichen Kriterien; du hast, ich glaube, wir haben eineinhalb Jahre in dieser Arbeitsgruppe zusammengearbeitet und es sind immer noch die gleichen Kriterien, es hat sich nichts daran verändert, vielleicht liest du es einfach noch einmal nach. Das Sozialamt kümmert sich aber auch um die ältere Generation in Graz. Wichtig dabei ist, dass die Angebote leistbar sind und wir wollen damit vor allem Menschen vor sozialer Isolation bewahren und sie dazu einladen, am gesellschaftlichen Leben in Graz teilzuhaben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Graz leistet sich ein verbindliches soziales Netz, weil uns der soziale Friede in unserer Stadt etwas wert ist. Und weil wir nicht auf neoliberale Tendenzen aufspringen, die reflexartig in Zeiten von Budgetengpässen bei den Sozialausgaben sparen und die damit glauben, dass man Armut einfach wegsparen kann.

Lieber Gernot Wippel, liebe Waltraud Rottensteiner, liebe Margit Koller-Knapp, lieber Andreas Hart, liebe Bettina Absenger, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes, ihr seid diejenigen, die das, wovon ich rede, in die Tat umsetzen. Ihr seid auch diejenigen, die meine Ideen auf eine ordentliche Grundlage bringen, ein ganz herzliches Dankeschön für euren Einsatz und die anstrengende und verantwortungsvolle Arbeit (*Applaus SPÖ*).

Als nächstes möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes bedanken. Liebe Ingrid Krammer, liebe Franziska Feichtinger, liebe Karin Preyer, stellvertretend danke für die professionelle Arbeit und vor allem für die engagierte unkomplizierte und kreative Zusammenarbeit, die ich sehr zu schätzen weiß.

Dem Amt für Jugend und Familie ist ein Eckwert von 22.851.200 Euro für 2015 und von 22.780.500 Euro für 2016 zugeordnet. Graz muss noch kinder-, jugend- und familiengerechter werden. Ich will eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche willkommen sind, in der sie sich gut entwickeln können und in der sie auch gefördert, aber auch gefordert werden. Nicht alle Familien haben einen festen Boden unter ihren Füßen und nicht allen Kindern und Jugendlichen geht es in unserer Stadt gut. Hier bietet das Jugendamt Hilfe und Unterstützung an. Die Basis dafür ist das Steiermärkische Kinder- und Jugendhilfegesetz. Wir arbeiten in Graz sehr erfolgreich nach dem Konzept der Sozialraumorientierung und wir werden dieses Konzept, dieses Modell natürlich auch laufend weiterentwickeln und dafür auch Geld in die Hand nehmen und wir werden uns in Zukunft auch bemühen, die Grazer Familien noch stärker und vor allem noch früher zu unterstützen. Seit Mai 2013 gibt es den Willkommensgutschein in der Höhe von 40 Euro für alle Eltern, die mit ihrem Kind in

eine der 15 Elternberatungsstellen kommen. Diese Maßnahme kommt sehr, sehr gut an und daher werden wir diesen Frühkontakt des Amtes für Jugend und Familie noch weiter ausbauen (*Applaus SPÖ*).

In der offenen Kinder- und Jugendarbeit lege ich besonderes Augenmerk auf die Qualitätsoffensive bei den Jugendzentren. Wir haben ja in den letzten Jahren die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendzentren erhöht und in den kommenden beiden Jahren wird es darum gehen, auch die Qualität der Gebäude zu erhöhen und zu verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, alle politischen Parteien stellen sich eine Frage, wie können wir Kinder und Jugendliche politisch interessieren, indem wir sie einbinden und mitreden lassen? Wir haben erfolgreiche Konzepte und Projekte, einerseits das Kinderparlament oder auch den Jugendgemeinderat proAct und seit heuer auch das großartig angenommene Projekt „Mitmischen in Graz“, ein großes Danke auch an dieser Stelle an alle Gemeinderatsfraktionen, die da auch mit den Jugendlichen immer mitdiskutiert haben (*Applaus SPÖ*).

Apropos gut angenommen, das Erfolgsprojekt „points for action“ ist mittlerweile ein Selbstläufer geworden und um die Ehrenamtlichkeit in unserer Stadt auch bestmöglich zu unterstützen, haben wir vor kurzem die Ehrenamtsbörse „Fee“, Fee steht für freiwillig, engagiert, ehrenamtlich, online gestellt. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an das Referat für offene Kinder- und Jugendarbeit an Wolfgang Gruber, der dieses Referat leitet, und sein gesamtes Team und auch an die Kommunikationsdreh Scheibe Vasiliki Argyropoulos und danke auch an Jörg Ehtreiber und sein Team des Kindermuseums für die kontinuierlich tolle großartige Arbeit und auch für die vielen Mühen und den großen Einsatz rund um die Neugestaltung der Märchenbahn. Ich muss wirklich sagen, die ist ganz, ganz hervorragend gelungen.

Der jüngste Rechnungshofbericht belegt ja, dass meine Worte, meine positiven Worte überhaupt nicht übertrieben sind. Ich glaube, das ist vermutlich der beste Rechnungshofbericht, den die Stadt Graz jemals gesehen hat, herzliche Gratulation dazu (*Applaus SPÖ*).

Kinder- und Jugendarbeit und Wissenschaft mögen auf den ersten Blick nicht besonders viel miteinander zu tun haben, außer es gibt eine Kooperation zwischen dem Kulturamt, dem Kindermuseum, dem Institut für Weltraumforschung und sehr, sehr vielen Instituten aller Grazer Universitäten und auch Forschungseinrichtungen. Dann gelingt es nämlich, die Wissenschaft zu den Menschen zu bringen. Heuer hat der erste Grazer Weltraumtag erfolgreich im Joanneumsviertel stattgefunden, der viele Kinder, Jugendliche, Familien und Schulen angezogen hat und, so viel kann ich jetzt schon verraten, auch 2015 wird Graz wieder oder noch immer Weltraumhauptstadt von Österreich sein (*Applaus SPÖ*).

Im Bereich der Wissenschaft, die im Kulturamt der Stadt Graz angesiedelt ist, stehen in den kommenden beiden Jahren die Eckwerte von rund 1,4 Millionen zur Verfügung. Das Wissenschaftsressort der Stadt Graz unterstützt die Forscherinnen und Forscher aller Grazer Universitäten, Sonderförderungen für Universitäten und Förderungen für Spezialforschungsgebiete zählen zu den wichtigen Bereichen des Wissenschaftsressorts. Eine besondere Schwerpunktsetzung gibt es jährlich für junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an den Abteilungsvorstand Peter Grabensberger, an Patrizia Monschein und Karin Fürnholzer für eure exzellente Arbeit (*Applaus SPÖ*).

Und nun zur Frauenpolitik. Das neue Fördermodell habe ich im letzten Gemeinderat ja schon ausführlich vorgestellt, aber da immer noch von einzelnen Faktionen Unsicherheiten verbreitet werden, möchte ich doch noch einmal darauf eingehen. Insgesamt steht im Referat Frauen und Gleichstellung im Jahr 2015 ein Eckwert von 1.028.300 Euro und im Jahr 2016 1.022.100 Euro zur Verfügung und ja, Daniela Grabe, das ist eine kleine Differenz, die hat aber überhaupt keine Auswirkungen auf die Frauenpolitik, das ergibt sich daraus, dass die ITG-Kosten, also die IT-Kosten, geringer geworden sind, es gibt also überhaupt keine Einsparungen im Frauenbereich. Die Förderungen von Fraueneinrichtungen und -projekten werden insgesamt also nicht verändert, es kommt zu einer neuen Verteilung. Aber an dieser Stelle möchte ich jetzt doch noch eine Anmerkung zur Kollegin Schleicher machen

und zum Bereich Subventionen. Du tust irgendwie so, als wären Subventionen irgendwelche Geschenke, als würden wir Stadtregerungsmitglieder Subventionen verhandeln, um sie dann an unterschiedlichen Stellen, die uns gefallen oder weniger gefallen, die kriegen halt dann weniger, Subventionen verteilen und das verschenkte Geld wäre. Liebe Astrid Schleicher, weißt du, was Subventionen sind? Subventionen schaffen erstens einmal viele Arbeitsplätze in der Stadt Graz, zweitens werden Subventionen nicht einfach so verschenkt, sondern an Subventionen sind Aufträge geknüpft und diese Aufträge können wir als Stadt Graz nicht selbst erledigen. Daher geben wir die Aufträge an unterschiedliche Vereine und Organisationen, die dann dafür Subventionen bekommen. Im Frauenbereich zum Beispiel, wenn ich den Verein Tara herausgreifen lasse, da können alle Frauen hingehen, die einmal sexuell missbraucht worden sind, eine Vergewaltigung erlebt haben, danach traumatisiert sind und die können dann dort eine Psychotherapie und eine Traumabehandlung erfahren, ist das ein verschenktes Geld in deinen Augen? Nein, siehst du (*Applaus SPÖ*). Vielleicht sollte euer freiheitlicher Klubdirektor das einmal ein bisschen genauer durchdenken, bevor er euch solche Reden schreibt.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Schleicher: Die habe ich selbst geschrieben.

Bgm.-Stv.in Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Neu aufgestellt ist auch die Ombudsstelle für Grazer Mädchen und Frauen, die gerade eingerichtet wird. Diese Ombudsstelle wird, wie gesagt, in allen Grazer Stadtbezirken unterwegs sein, Sprechstunden abhalten und ganz nah an den Bedürfnissen der Grazer Frauen sein. Diese Ombudsstelle wird die Problemstellungen analysieren, aufzeigen, wo es hakt und natürlich auch berichten, auch regelmäßige dem Frauenausschuss berichten, damit wir darauf reagieren

können und weitere politische Schwerpunkte setzen können. Mein neues Fördermodell beruht auf sechs thematischen Säulen: Arbeitsqualifizierung, Karriere, Gewaltschutz, Beratung allgemein, Gesundheit, Empowerment, Bildung und Forschung. Meine politische Schwerpunktsetzung in den nächsten Jahren habe ich das letzte Mal schon gesagt, es werden die beide Bereiche Arbeit und Qualifizierung sein und auch der Gewaltschutz. Zum Gewaltschutz darf ich Sie und euch einladen, das Leseheft, das soeben von meinem Büro verteilt wurde, zur Hand zu nehmen, das ist ein spezielles Lesebuch für Frauen mit Lernschwierigkeiten, für Frauen mit Behinderung, weil wir einfach wissen, dass das eine Gruppe ist, die ganz, ganz besonders von Gewalt bedroht ist und ganz besonders stark von sexuellem Missbrauch bedroht ist (*Applaus SPÖ*).

Ich bedanke mich heute ganz besonders bei meinem Team des Referates Frauen und Gleichstellung, allen voran Priska Pschaid, danke für euer Engagement vor allem in den vergangenen Monaten. Bedanken möchte ich mich auch bei meinem Gemeinderatsklub, Klubobmann Michael Grossmann, Klubdirektor Peter Baumhackl und seinem Team, den sozialdemokratischen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und bei meinem Team im Büro bei Philipp Muner, Petra Zistler, Daniela Kerschbaumer, Sandra Schimmler, Andrea Felbinger und auch bei dir, liebe Doris, für die Büroleitung (*Applaus SPÖ*).

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Insgesamt liegen mit dem heutigen Budgetbeschluss die Grundlagen für die nächsten Jahre auf dem Tisch. Es ist für uns alle eine Herausforderung, die Gelder in der Stadt Graz nicht nur zu verwalten, sondern die Zukunft aktiv zu gestalten, damit Graz weiterhin eine lebenswerte, eine soziale, eine kinder-, jugend- und seniorInnengerechte Stadt bleibt, die vordergründig in die Menschen investiert und nicht in Prestigeprojekte. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 16.25 Uhr den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Siegfried N A G L

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, meine Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie!

Immer, wenn es um das Budget der Stadt Graz geht, geht es auch darum, dass wir, und das haben wir gerade oft gehört, über Nachhaltigkeit sprechen. Irgendein Bürgermeister-Kollege vor mir hat einmal eine Investition hier in den Gemeinderat getätigt und ich habe mich eigentlich bis zum heutigen Tag nie durchringen können, diese Investition auch zu benutzen. Ich werde es jetzt erstmalig tun und schauen, ob es überhaupt funktioniert. Ich weiß nicht, wer das Ganze vorbereitet hat, aber ich habe es noch nie gemacht in den 12 Jahren meiner bürgermeisterlichen Tätigkeit. So damit das auch nachhaltig ist.

Das Pult von Bürgermeister Nagl fahren nach oben und werden zum Stehpult.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Viele haben mit einem Zitat begonnen, manche haben mit Reimen geendet. Ich möchte auch Persönlichkeiten zitieren und an den Beginn meiner Rede stellen. Ich lasse Sie vielleicht im Anschluss raten, wer denn diesen ersten Auszug aus einer Budgetrede gehalten hat: „Von der Bundesregierung ist keine Unterstützung zu erwarten, auf der anderen Seite sind die Notwendigkeiten, denen die Gemeinde gerecht werden soll, nicht geringer geworden. Im Gegenteil, vor allem anderen gilt unsere Sorge der Sicherung der Mittel, die der Fürsorge zufließen. Jener Mittel, die für einen leider wachsenden Teil

der Bevölkerung das einzige Mittel sind, das sie zum Leben haben, das sie vor Not, Elend und Verzweiflung bewahrt. Es kann als ein Zeichen des Verständnisses, auch der übrigen Parteien des Hauses, angesehen werden, wenn der Ansatz für diese Ausgaben in diesem Jahr eine Erhöhung um 15 % erfährt. Dass wir für die Schule und deren Notwendigkeiten sorgen, dass uns der Straßenausbau bei dem Zustand, in dem sich viele unserer Straßen befinden, außerordentlich am Herzen liegt, ist verständlich. Der Sicherung des Wohnungsbaues jedoch wird im kommenden Jahr im besonderen Maße unserer Aufmerksamkeit gelten müssen. Es ist verständlich, dass wir mit Rücksicht auf die gegebene finanzielle Situation der Gemeinde manchen Wunsch zurückstellen mussten, an dessen Erfüllung uns parteigemäß sehr viel gelegen war. Dessen Erfüllung vor allem aber auch große Teile der Bevölkerung früher oder später von der Gemeinde erwarten. Wir werden auch den Sparmaßnahmen zustimmen, die vorgeschlagen wurden, um zu erreichen, dass die Ausgaben nur in jenem Ausmaß erfolgen, als sie wirklich erforderlich sind.“ Ein Auszug aus der Budgetrede meines Vorgängers aus dem Jahre 1950, Bürgermeister Dr. Speck, SPÖ.

Budgetrede aus dem Jahre 1974 unter Bürgermeister Dipl.-Ing. Dr. Götz, FPÖ: „Die Regierung konnte offenbar darauf verzichten, dass die Gemeinden im erforderlichen Maße in der Lage versetzt bleiben, ihren immer zahlreicher werdenden Aufgaben gerecht zu werden. Der Einbehalt von rund 20 Millionen“, damals Schilling, Ertragsanteilen allein als Belastung für das Grazer Budget, die freiwillige Beschränkung bei den Ermessensleistungen der Stadt von nunmehr 15 % sind die Zeche, die uns aufgebürdet wird. Es war dennoch möglich dieses Budget zu erstellen, allerdings unter der Zwangsfolge, dass es ein Sparbudget geworden ist. Wir glauben, dass gerade Kommunalpolitik als die dem Bürger unmittelbar spürbare Sparte der Politik, die ihrer Natur nach am meisten sachbezogen ist, die sich an Maßnahmen konkretisiert, die jedem Bürger verständlich sind, dass sich eben gerade die Kommunalpolitik jenes Feld darstellen sollte, wo Zusammenarbeit trotz aller Verschiedenartigkeit der Parteien eigentlich ein natürliches Gebot sein sollte. Wir Freiheitlichen haben diese Auffassung in diesem Hause immer vertreten und in

manchem Beitrag zur Generaldebatte früherer Jahre wurde das immer wieder betont.“

Wenn man so wie ich jetzt das 18. und 19. Budget vorbereiten, verhandeln und mittragen und auch präsentieren darf, dann ist das vielleicht zu Beginn einmal ganz interessant festzustellen, dass diese Budgetreden eigentlich alle paar Jahre wieder gehalten werden könnten. Und so sehe ich das auch ein bisschen. Ich habe nämlich mein erstes Budget als Finanzstadtrat im Jahr 1998 auch mit folgenden Sätzen vorgestellt: „Für dieses große Unternehmen Stadt Graz müssen daher auch die Prinzipien eines erfolgreichen Unternehmens gelten und auch wenn der Herr Stronach nach Graz kommt und seine goldenen Regeln preisgibt, hören immer alle ganz genau hin. Ich erlaube mir hier aber, drei für mich wichtige bekanntzugeben. Erfolgreiche Unternehmer schauen in die Zukunft, erfolgreiche Unternehmer beweisen Unternehmertum, sie trauen sich etwas und erfolgreiche Unternehmer arbeiten ständig an der Verbesserung ihrer Organisation. Es liegt auf der Hand, wer nicht weiß, wohin er gehen will, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit irgendwo ankommen und so weiter und so fort.“ Das war mir und ist mir auch bei diesen beiden Budgets ganz, ganz wichtig, in die Zukunft zu schauen, Mut zu beweisen, dass man auch etwas zustande bringt und gemeinsam etwas schaffen kann, aber auch zu beweisen, dass wir nicht aufhören werden, an der ständigen Organisation, an dem ständigen Handeln und unserem täglichen Tun noch besser zu werden. Und das hat mir bislang in allen Budgetreden auch ein bisschen gefehlt.

Ich möchte jetzt auch gleich zu Beginn vielen Persönlichkeiten danken. Ich bedanke mich bei allen in der Regierung, die dieses Budget mit uns verhandelt haben und es auch mittragen werden. Ich bedanke mich bei den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die wir einbezogen haben in diese Verhandlungen und wo wir in jedem Gespräch, das wir intensiv als Regierung da geführt haben, auch alle was dazugelernt haben. Ich bedanke mich bei der Elke Kahr, bei Frau Klubobfrau Ina Bergmann, beim Kollegen Eber, die für die KPÖ die Chefverhandler für dieses Budget waren, von der SPÖ der Frau Vizebürgermeister, dem Herrn Klubobmann und dem

Kollegen Haßler, die auch sehr viel Zeit aufgewendet haben neben ihren beruflichen Tätigkeiten, um dieses Budget zustande zu bringen und in meiner Fraktion bedanke ich mich natürlich im Besonderen beim Kollegen Rüschi, der in seiner Professionalität mit dem Kollegen Hohensinner mit seinem Kampfgeist für Familie, für Jugend, für Ausbildung und den Sportbereich, der Frau Klubobfrau und dem Finanzausschussvorsitzenden Klaus Frölich ein Gesamtteam am Tisch gesessen ist, das was weitergebracht hat. Es waren auch die Gespräche mit den Piraten, wenn ich so sagen darf, sehr interessant und mich hat es gefreut, dass du heute auch durchaus das hier gewürdigt hast, dass wir uns sehr bemüht haben, auch euch ins Boot zu holen. Dass es halt zwei Punkte gibt, aus diesen Gründen werdet ihr dem Budget leider nicht zustimmen, aber wir haben damit auch bewiesen, dass wir es mit allen wirklich versucht haben. Auch mit der grünen Fraktion haben wir es versucht, ich werde mir später noch erlauben, ein Bild, das ich auch schon gegenüber dem ORF einmal gezeichnet habe, dann später noch einmal anzumerken. Die Kollegen der grünen Fraktion kenne ich doch etwas näher schon, nachdem ich ja auch vier Jahre, fünf Jahre eigentlich, mit euch Budgets gestaltet habe, die meisten Forderungen, die ihr diesmal gestellt habt, sind eigentlich Forderungen gewesen, die wir in dieser Gebietskörperschaft Graz eben nicht erfüllen können. Das hat diese Verhandlungen so schwer gemacht. Ob Road-Pricing oder andere Bereiche, die ihr gefordert habt, immer waren Landes- oder Bundesbeschlüsse da notwendig und ich kann beim besten Willen auch als Bürgermeister von Graz nicht die Bundesregierung und die Landesregierung so einfach beeinflussen und das auch vielleicht noch bis zum Dezember schaffen. Ich habe lange darüber nachgedacht, wie der Kollege Rüschi gesagt hat, er möchte nicht auf die Polemik vom Herrn Klubobmann Sippel eingehen. Ich möchte es aber tun und während du heute wieder gesprochen hast, sind mir ein paar Dinge aufgefallen. Erstens ist mir aufgefallen, dass du von deiner Fraktion eigentlich immer hinausgeschickt wirst, um, wenn ich so sagen darf, die harten Worte zu finden, während dein Parteiobmann entweder nicht da ist oder einfach, ich sage einmal, mildere Worte wählt. Ich möchte dir auf deinem politischen Weg nur

mitgeben, achte darauf, dass du nicht eines Tages alleine über bleibst und es war unlängst einmal, das war die Feier für die Bürgerinnen und Bürger anlässlich des Staatsfeiertages, da saß Ivica Osim neben mir und der Ivica Osim ist ja ein gemütlicher Kerl, er hat sich extra einen Steireranzug gekauft, hat ihm gut gepasst, es geht ihm auch gut und ich darf alle lieb grüßen lassen und da haben wir über Fußball gesprochen und da hat er gesagt: „Jetzt war ich wieder in einem Stadion, sitzt einer neben mir und schimpft und meckert ohne Unterbrechung hinein auf der Zuschauertribüne, dass ich mich rübergedreht habe und gesagt habe, sagen Sie einmal, woher kennen Sie sich so gut aus? Dann hat der gesagt, ich schau schon 50 Jahre zu. Die Antwort von Ibiza Osim war, jetzt schaust schon 50 Jahre zu, aber gesehen hast du noch nie etwas.“ Und jetzt habe ich einen durchaus harten Ausspruch, den ich jetzt sagen werde, ich habe lange darüber nachgedacht, ob ich es sage oder nicht. Du hast lange und intensiv Geschichte studiert, ich kenne niemanden, der intensiv Geschichte studiert hat und so wenig aus der Geschichte für sein persönliches und politisches Leben mitgenommen hat (*Applaus ÖVP*). Du müsstest wissen, dass Ausgrenzung...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das ist aber keine Zeugnisverteilung?

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das ist keine Zeugnisverteilung, das ist eine Feststellung, die ich so empfinde. Du müsstest wissen, dass ein Historiker eigentlich auch wissen müsste, dass Ausgrenzung zu keinen guten Ergebnissen in der Gesellschaft führt. Du müsstest wissen, dass eine harte Wortwahl, die du triffst, in Wahrheit nicht ein gedeihliches Fortkommen in einer Gemeinschaft zustande bringt, du müsstest wissen, dass Verunglimpfungen von Personen meistens in der Geschichte sehr

schlecht ausgegangen sind, du müsstest wissen, dass Verallgemeinerungen für eine Menschengruppe, für Institutionen etc., wenn auch einige vielleicht fehlen, die anderen nicht betreffen dürfte. All das hat in der Geschichte nie Gutes bewirkt, auch der Nationalismus hat nie was Gutes bewirkt und wir arbeiten in einem Europa an einem ganz anderen Konzept und das möchte ich dir heute sagen, weil in deiner Wortwahl, die heute wieder da gefallen ist, mir aufgefallen ist, dass du als Historiker das alles wissen müsstest und trotzdem so ausgrenzt und so harte Worte über andere findest, das findet aus meiner Sicht...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Hoffentlich kennt sich der Betriebswirt auch beim Budget aus.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir kommen dann schon zum Budget. Aber du warst ja eigentlich auch nicht besonders stark beim Budget. Zu dem komme ich noch gerne. Wie gesagt, manchmal wundert es mich ja schon, wieso wir überhaupt für die Märchenbahn, für die Konzeption so viel Geld ausgegeben haben, weil die Fraktionen, die beim Budget nicht mitgehen, so viel Märchen erzählen und leider teilweise manches davon, wie heute auch, in einer Zeitung wieder gestanden ist, dass alle, die sich wirklich auskennen, sich nur bei den Haaren raufen müssen (*Applaus ÖVP*).

Ich möchte heute einigen Persönlichkeiten danken, nicht nur aus dem politischen Bereich, sondern ich möchte der gesamten Stadtverwaltung und allen, die im Managementbereich unserer vielen Betriebe jetzt auch in den letzte Wochen und Monaten sich überlegt haben, wie man denn diese zwei Jahre finanziell wieder ausgestalten könnte, ein Riesendankeschön sagen. Im Besonderen natürlich auch jenen Persönlichkeiten, die jene Ressorts auch leiten und lenken, die mir der

Gemeinderat zugeordnet hat. Das ist der Magistratsdirektor mit der gesamten Magistratsdirektion, die Frau Präsidialamts-Chefin, die mit ihrer Abteilung auch sehr viel mittragen muss, damit wir zum Beispiel auch ein Doppelbudget überhaupt beschließen können, weil da waren vorher Anträge notwendig, die das Land beschließt. Natürlich bedanke ich mich im Besonderen beim Herrn Baudirektor, all meinen Planungsämtern, den Verantwortlichen der Feuerwehr. Eigentlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns helfen, diese schwierige Aufgabe auch zu meistern, über mehrere Jahre hinweg ein Budget zu erstellen. Ich kenne momentan kaum ein Unternehmen und kaum einen Konzern, der fünf Jahre in die Zukunft schauen kann, wir tun es nach bestem Wissen und Gewissen und wenn wir Ziffern hinschreiben, die wir vielleicht erreichen werden. Das Traurige ist, dass ja auch im Journalismus bei jeder Pressekonferenz zum Budget immer nur eine Frage gestellt wird: Und wie hoch ist der Schuldenstand? Es ist zum Teil dramatisch, was wir hier auch von der Presse erleben. Wie hoch ist der Schuldenstand, als wäre das das einzige Thema und wir sind sowieso eingezwickelt in eine interessante Welt, Stabilitätspakt, Maastricht, auf der einen Seite sollen wir ja keine Schulden machen und auf der anderen Seite rennt dir die Europäische Investitionsbank nach, in Brüssel denken alle darüber nach, wie wir denn die Investitionen anschubsen könnten, damit Europa nicht so viel Arbeitslose hat und genau in diesem Spannungsverhältnis sind wir unterwegs. Und ich finde es gut, dass wir einen Finanzdirektor haben, weil er ja heute zu großen Ehren gekommen ist in einer Zeitung, der uns immer wieder mahnt und aufzeigt, was passieren kann. Aber ich werde heute aufgrund einiger Zahlen auch noch einmal aufzeigen, dass das, was wir als Worst-Case-Szenario für fünf Jahre jetzt schon hinschreiben, von uns tatsächlich nie erreicht worden ist und da habe ich ein gutes Beispiel, ich habe es Ihnen mitgebracht, weil ich diese konsolidierte Darstellung des Hauses Graz immer wieder jetzt hernehme, um den Menschen dieses komplexe Thema etwas näherzubringen. Wir haben in den letzten fünf Jahren 500 Millionen Euro in der Stadt Graz investiert und es ist der Gesamtschuldenstand, wenn Sie die letzten fünf Jahre konsolidiert, so weist es ja keiner aus, wie wir zurückschauen, der

Gesamtschuldenstand um etwa 50 Millionen Euro größer geworden. Um es noch besser zu veranschaulichen, dass, was das Land Steiermark angekündigt hat, jetzt erstmalig quasi ein ausgeglichenes Budget im Jahr 2015 zu versuchen, ist uns eigentlich im letzten Jahr schon so gut wie gelungen. Wenn wir nämlich bei Investitionen des letzten Jahres von 128,6 Millionen Euro tatsächliche Ist-Investitionen sprechen und gleichzeitig die Netto-Finanzschulden des Hauses Graz von 1.089.000.000 auf 1.093,4 Millionen nur angestiegen sind, also exakt um 4,4 Millionen Euro, dann haben wir dieses Null-Neuverschuldungsthema fast geschafft, wegen vier Millionen Euro haben wir es nicht zustande gebracht. Und etwas, was bei einer Bilanzlegung, bei einem Budget unbedingt auch einmal dazugesagt werden muss, vor allem dann, wenn die lieben Medien dauernd über unsere Investitionen als Schulden schreiben, dann möchte ich eine Ziffer hier auch aus diesem Ist-Bericht 2013 hier zitieren. Wir haben als Stadt Graz, wenn wir investieren, ja das Geld nicht einfach nur ausgegeben und das ist versickert oder sonst, also wir haben es investiert in tatsächliche Werte und dieser Vermögensstand der Stadt Graz gehört genauso berücksichtigt. Ich möchte es hier wenigstens einmal als Einziger tun. Im Jahr 2012, Ist-Wert, hat das Vermögen der Stadt Graz konsolidiert betrachtet ohne EGG mit allen Beteiligungen und Eigenbetrieben einen Wert ausgewiesen von 2.520,7 Millionen Euro. Ein Jahr darauf ist unser Vermögen angewachsen auf 2.711,1 Millionen Euro, also fast 190 Millionen Euro ist auch die Stadt im Vermögen reicher geworden und ich wundere mich nur, dass manche Parteien es wirklich schaffen, einen Spagat zustande zu bringen zwischen dem dauernden „Um Gottes Willen viel zu viel Schulden“ und fünf Minuten später bei einer Stadtsenatssitzung, bei einer Gemeinderatssitzung wieder kommen und sagen: „Wieso kriege ich das Geld nicht, wieso kriege ich das Geld nicht und wieso kriege ich das Geld nicht“ (*Applaus ÖVP*). Der Widerspruch ist unglaublich.

Meine geschätzten Damen und Herren, ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir glücklich sein können, dass wir in diesem Österreich leben und in diesem Graz und dass uns überhaupt eine Milliarde Euro pro Jahr zur Verfügung steht. Wissen Sie, wie

viele Kolleginnen und Kollegen ich habe, die nicht einmal annähernd eine solche Summe in ihr Budget einsetzen können? Das ist einmal, glaube ich, besonders zu sagen. Auch die Geschichte, die immer wieder kommt, ja ihr als ÖVP habt doch und ihr als ÖVP sollt doch und wie ist das in der Kommunalpolitik? Ich habe mir das jetzt extra aktuell ausdrücken lassen, damit man das vielleicht auch einmal da im Gemeinderat sehr deutlich sagt, ich sage es mit starkem Selbstbewusstsein der österreichischen Volkspartei. Wie viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gibt es von welcher Fraktion in Österreich. Damit wir auch einmal wissen, wo die Kommunalpolitik auch zu Hause ist und im Besonderen zu Hause ist. Von den 2.351 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gibt es 1.587, das sind fast 70 % von der österreichischen Volkspartei, es gibt 583 von der sozialdemokratischen Partei und es gibt 14 von der freiheitlichen Partei...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Wir arbeiten daran.

Bgm. Mag. **Nagl**: Da werdet ihr länger arbeiten dran, und jetzt komme ich zu dem Thema der Finanzausgleichsverhandlungen, damit auch da nichts in der Märchengrottenbahn dann davon hängenbleibt. Ich darf einer der Finanzausgleichsverhandler Österreichs sein und das nunmehr schon seit 17 Jahren, wenn auch in den letzten Jahren das keine besonders anstrengende Arbeit war, weil in Österreich ein Großteil der Betroffenen gemeint haben, es ist gescheitert, wenn der Finanzausgleich jetzt nicht aufgeschnürt wird. Faktum ist, dass im Jahr 2015 jetzt die Verhandlungen beginnen und dass wir ab 2016 dann eine neue Finanzsituation haben werden. Ich kann Ihnen heute noch nicht sagen, wie es tatsächlich ausschauen wird, aber eines will ich heute hier festhalten: Es war gerade die Sozialdemokratie und es

war gerade die Volkspartei, die dafür Sorge getroffen hat, dass es in Österreich einen Finanzausgleich gibt, in dem die Gemeinden nicht nur irgendeine Rolle spielen, sondern gleichberechtigt am Verhandlungstisch sitzen. In fast allen europäischen Staaten mit Ausnahme Deutschlands, Österreichs und der Schweiz ist das nicht der Fall, da bist du von Haus aus darauf angewiesen, ob du irgendwas von der Regierung bekommst oder nicht. Und was holt denn der eine oder andere Bürgermeister, weil das heute auch gefragt worden ist, was habe ich denn gebracht in den letzten Jahren? Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich gerade im Wissenschaftsbereich für diese Landeshauptstadt Graz, Gott sei Dank, unglaubliches auch mitbringen durfte durch ÖVP- auch durch SPÖ-Bundesministerinnen und Bundesminister, wenn fast eine Milliarde Euro von Seiten des Bundes, jetzt gerade aktuell 350 Millionen bei der Med.-Uni in den Universitätsbereich geflossen sind, dann hat das das Wesen dieser Stadt betroffen, dass wir nämlich der kreativste Bildungsstandort und Wissenschaftsstandort Österreichs sein wollen und auf das hinarbeiten (*Applaus ÖVP*).

Wenn Sie mich fragen, was mir im Finanzausgleich Österreichs gelungen ist, dann kann ich es Ihnen auch sagen. Ich verhandle dort nicht für die Stadt Graz, ich habe dort für alle Städte Österreichs zu verhandeln. Das ist schwer genug, weil es gibt natürlich festgeschriebene Dinge, die aus den 60er- und 70er-Jahren stammen, vor allem aus den 70er-Jahren, die heute noch ungerecht sind aus unserer heutigen Sicht. Damals war es ein Festschreiben, dass die Gemeinden oder die Städte, andere Städte einfach prosperierender waren, dass sie mehr Wirtschaftseinnahmen hatten, mehr Steuergelder hatten und das wurde damals umgerechnet. Es ist mir mit Willi Molterer gelungen, diese Volkszählungslücke, die es immer gegeben hat, weil man nur alle zehn Jahre gezählt haben, zu überbrücken, das hat 20 Millionen Euro pro Jahr gebracht, ist viel Geld jetzt in der Rückschau, seit 2008 haben wir da eine neue Regelung geschaffen und ich arbeite daran, dass wir irgendwann einen Ausgleich haben zwischen den Städten, aber den hat damals niemand erfunden, es war damals einfach so, dass es wirtschaftlich prosperierende Städte gegeben hat und so wurde es

festgeschrieben. Ich hoffe, dass ich genügend Partner finden werde im nächsten Finanzausgleich, um das auch hinzukriegen (*Applaus ÖVP*).

Ich freue mich heute schon, dass es gelingt, ein Budget mit 34 Stimmen von 48 Gemeinderäten heute wieder zu beschließen. Das ist mehr als in den letzten Jahren und ich freue mich, dass es zu dieser Beschlussfassung heute kommen wird. Besonders glücklich bin ich auch darüber, dass wir den Versuch unternehmen, und das ist schon eigenartig, dass gerade die grüne Fraktion, aber auch die Fraktion des Verkehrsreferenten so ein großes Problem hat, dass ich gesagt habe, jetzt probieren wir es einfach einmal aus. Wir reduzieren den Jahreskartenpreis bei unseren Linien auf den Halbjahrespreis, etwas, was Medien und viele von uns ununterbrochen gefordert haben und wir werden es ausprobieren. Wir haben auch wieder vorsichtigerweise eine Hochschätzung vorgenommen und haben sogar diese vier Millionen ins Budget eingestellt und ich bin mir sicher, dass wir nicht nur das erleben werden, was dieser Schätzung zugrunde liegt, nämlich dass nur Menschen, die jetzt schon eine Karte haben, diese kaufen werden, sondern ich glaube, wir werden sehr viele Neukunden haben, das werden wir aber ab 7. Jänner dann genau schauen.

Worauf ist es mir bei diesem Budget angekommen? Sie wissen, ich kämpfe für eine familienfreundliche Stadt und wir haben ein Audit gehabt und dieses Audit hat was Wunderbares ergeben, nämlich, dass wir tausend verschiedene Angebote für Familien in unserer Stadt haben. Aber es gab auch in diesem Audit einen Hinweis darauf, was wir noch zu erledigen haben und da ging es einmal für Familien um einen leistbaren Wohnbau, es ging ein zweites Mal um einen leistbaren öffentlichen Verkehr und es gab einen dritten Punkt, der hat gelautet, schaut, dass ihr genügend Naherholungsflächen für junge Familien habt. Ein paar sind gerade zu sehen, eine Grünfläche wird gerade im Franziskanerkloster hergerichtet, eine vis-a-vis von unserer Messe neben dem neuen Styria-Bereich, wir arbeiten gerade an dem Park oben beim SmartCity-Projekt Graz Mitte hinter dem Bahnhof und, und, und, wir übernehmen gerade die Parklandschaft auch draußen in Reininghaus, wir bemühen uns noch, der uns noch nicht jetzt gelingt, einen gemeinsamen Bebauungsplan, wo

wir auch in Jakomini hinter der Münzgrabenkirche/Hafnerriegel auf die nächsten 70 Jahre wieder Grünraum, gerade im betroffenen Bezirk Jakomini, sichern wollen und, und, und. Also wir gehen genau auf dieses Audit ein, das uns hier diese Empfehlungen auch gegeben hat (*Applaus ÖVP*).

Ich habe viele Schwerpunkte, die ich vor allem als zuständiger Baureferent auch in den nächsten Jahren mit Ihnen wieder durchkämpfen muss, wieder zustande bringen muss. Aber eine Geschichte möchte ich zum Thema Wohnbau in einer Stadt wie Graz sagen. Wenn wir ungefähr 4.000 neue Bewohnerinnen und Bewohner pro Jahr haben, dann bedeutet das für uns 2.000 zusätzliche Jobs, wenn möglich qualifizierte Jobs, und das bedeutet für uns auch einen Zuwachs von 2.000 Wohnungen jährlich. Und ich habe gestern mir die Statistik kommen lassen, weil wir haben ja nicht nur die Einwohnerstatistik, sondern wir haben auch bezirksgenau, wenn es Sie interessiert, kann ich das auch gerne zur Verfügung stellen, wie viele neue Wohnungen haben wir in den letzten zehn Jahren in Graz geschaffen. Seit dem 1.1.2005 haben wir sage und schreibe in Graz über 20.000 neue Wohnungen gebaut. Das macht so manche Probleme in der Verdichtung der Stadt, aber ich frage Sie auch, hätten wir so viele Arbeitsplätze, wie würden die Mietpreise in Graz tatsächlich ausschauen und auch die Kaufpreise, wenn wir nicht so viel Wohnungen auch auf den Markt gebracht hätten? Es ist aber auch noch keine Entschuldigung dafür, dass wir als Stadt Graz selbst wieder viel tun müssen, deswegen ist es selbstverständlich, auch ganz einfach gewesen, den Weg, den wir mit Elke Kahr und der KPÖ schon, wenn ich so sagen darf, jetzt die zweite Periode gehen, weil wir auch schon bei Schwarz/Grün damals mit den Kommunisten ausgemacht haben, uns verstärkt im Wohnbau zu engagieren, dass wir das fortsetzen und jetzt sogar noch einmal intensivieren.

Ich finde es großartig, dass die KPÖ nach so vielen Jahren jetzt auch gesagt hat, ja, wenn ihr auf diese Bedingungen eingeht, dann werden wir mit dabei sein und diese Verantwortung auch tragen. Ich habe gesagt, dieses Budget ist eigentlich nichts anderes als ein besonders großer Rahmen, weil wir dieses Budget für zwei Jahre jetzt gleich beschließen werden. Es ist ein Rahmen und in diesem Rahmen werden wir an

diesem besonderen Bild von Graz weitermalen. Ja, die Pinselstriche werden schwarz/rot und dunkelrot ausfallen, aber es stimmt nicht ganz, es werden genügend grüne und blaue Pinselstriche dabei sein und man könnte ja jetzt vom Federl auf dem Kopfschmuck reden, ja alles, was gelingen wird, auch einem Verkehrsreferenten Mario Eustacchio oder einer Kulturreferentin Lisa Rücker, wird heute mitbeschlossen und manchmal wundere ich mich wirklich, dass wir jedes Mal so lange um ein Budget ringen. Ich habe es mir hier noch einmal hergenommen, was haben wir denn? Wir haben die AOG, in der AOG haben wir einen Spielraum, der Gott sei Dank noch immer weit über 100 Millionen pro Jahr beträgt, den haben wir, das steht einmal drinnen, dass vieles noch nicht drinnen steht, ist klar. Aber wir haben auch immer wieder vieles neu untergebracht, weil auch bei der Einnahmensituation...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es werden zusammen wieviel sein, zwei Jahre, 216 Millionen Euro in den nächsten zwei Jahren stehen jetzt schon einmal verbrieft, ohne dass wir einen Stabilitätspakt verlassen, das ist viel Geld. Dann geht es um das, wozu wir gesetzlich verpflichtet sind, da brauchen wir aber nichts diskutieren, das schreiben wir, wenn ich so sagen darf, sowieso jedes Jahr hinein und dann kommen wir zu dieser wunderbaren Eckwertdiskussion mit meinen Kolleginnen und Kollegen und ich mit mir selbst. Da haben wir uns doch vorgenommen, dass im Jahr 2015 drei Prozent eingespart werden, haben wir nicht geschafft, gebe ich ganz offen zu, haben wir nicht geschafft, können wir auch gar nicht schaffen, weil diese Stadt schon wieder um ein paar tausend Menschen größer geworden ist, weil es schon wieder Notwendigkeiten gibt, die wir nicht auf die Reihe kriegen. Trotzdem versuchen wir es und wir haben

nicht nur eine Beschlussfassung hier jetzt im Gemeinderat, wo es um Budgetzahlen geht, sondern wir haben eine Vereinbarung zwischen der KPÖ, der SPÖ und der ÖVP, dass wir selbstverständlich wieder an unserer Organisation, an uns selber arbeiten werden, damit wir diesen Worst Case niemals erreichen werden und das ist auch, was ich heute noch einmal allen Medien gerne sagen würde, wenn sie hier wären, aber es geht eh immer schnell, dass sie alles erfahren. Richtet ihnen bitte eines einmal ganz, ganz wichtig aus, dass was wir ausweisen mit 1,35 Millionen Euro in zwei Jahren, ist ein Wert, der als Obergrenze dasteht, aber das haben wir nie gemacht, auch in den vergangenen Jahren nicht. Und bei den Eckwerten möchte ich es einfach sagen, weil es so schön ist, weil man es nach Ressorts zusammengefasst hat. In meinem Ressort 2013 42,3 Millionen, wächst an auf 45,8 Millionen. Beim Bereich Hohensinner wächst an von 2014 von knapp 65 Millionen in den nächsten Jahren auf 72,3 Millionen, nein, kein Wunder, alle von uns wollen wir mehr Kinderkrippen, mehr Krabbelstuben, mehr Schulbereiche etc. das kostet alles Geld, mehr Kindergartenplätze, also wächst es. Beim Kollegen Rüscher, der natürlich sehr stark mit Immobilien und Finanzen zu tun hat, wächst der Bereich auch von 25 auf 30 Millionen, im Ressort Eustacchio von 12,6 auf 15,1 Millionen. Im Ressort Schröck von 89 auf 98 Millionen Euro, ja warum ganz einfach, weil es uns leider Gottes auch wirtschaftlich in diesem Europa und in unserem Österreich nicht so gut geht und wir diese Sozialgeschichten ganz im Sinne vom Herrn Dr. Speck heute wiederholen. Im Ressort Rücker, im Kulturbereich, jeder, der mich kennt, weiß, ich achte darauf, dass Wissenschaft und Kultur die Aushängeschilder dieser Stadt sind, also hat die Lisa Rücker, wenn ich so sagen darf, zwar kein leichtes Ressort, aber sie hat unsere Unterstützung, sie bekommt ja immerhin von jetzt 37,3 Millionen wächst ihr Budget auf 38,5 Millionen an. Bei der Kollegin Kahr ist es ebenso, auch in der Darstellung nicht ganz einfach, weil durch das Umschichten in den Eigenbetrieb hat sich da zahlenmäßig einiges verändert. Und dann haben wir noch einige andere Ressorts, die de facto gleich bleiben, die keinem zugeordnet sind. Aber dort ist es mir wichtig, auch einmal zu bemerken, der Herr Wirtl sitzt heute unter uns, dass ich auch sehr, sehr dankbar bin und ihn bitte, den

Dank der Politik auch in Richtung aller unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu lenken, weil so lustig ist es ja nicht, immer wieder darauf zu warten, wie viel Budget wird tatsächlich da sein und wird der Dienstgeber sowohl für Pensionistinnen und Pensionisten als auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Abschlüsse pro Jahr, die meistens auf Bundesebene getätigt werden, auch wirklich mittragen? Ich sage auch hier dazu, unsere Mitarbeiterinnen, unsere Mitarbeiter, die einen relativ und sehr gut abgesicherten Job in der Stadt Graz haben, bekommen ihre Gehaltserhöhung auch mit diesem Budget in den nächsten beiden Jahren. Danke, Herr Wirtel (*Applaus ÖVP*).

Auch im Bereich der Feuerwehr gibt es viel zu tun. Im Bereich des Katastrophenschutzes haben wir erst kürzlich eine Sitzung gehabt, die macht einen schon nachdenklich. Wir haben das letzte Mal über ein sogenanntes Blackout gesprochen. Was passiert, wenn einmal eine Stromversorgung in einer Stadt nicht nur ein paar Stunden ausfällt, sondern wirklich vielleicht einmal für ein paar Tage? Die Auswirkungen kann man sich gar nicht vorstellen. Wir werden da sehr viel daran zu arbeiten haben. Wir werden den Fuhrpark zum Teil erneuern, wir werden das mit der Leitstelle gemeinsam mit dem Land Steiermark abstimmen und wir haben eine Mannschaft, die groß genug ist, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Wir arbeiten intensiv mit Betriebsfeuerwehren und freiwilligen Feuerwehren zusammen, also auch da habe ich einiges vor.

Im Bereich der Stadtentwicklung möchte ich nur noch zwei kurze Anmerkungen machen. Einmal ein Dankeschön, wie gesagt, an Herrn Baudirektor und meinen leitenden Mitarbeitern in den Planungsämtern und in der Baubehörde. Das was wir an Baustellen in dieser Stadt auch mit Qualität abwickeln, sucht Seinesgleichen und es kommen immer mehr Menschen zu uns, um von uns auch zu lernen, wie wir mit dieser Qualität umgehen, wie wir es schaffen, Investoren und Bauwerbern Beiträge zu entlocken. Ihnen auch mitzugeben, sie mögen uns Grünflächen und Überlegungen für den Sozial- und Mobilitätsbereich gleich miteinbauen. Da haben wir sehr viel vor

mit der Entwicklung von Reininghaus und SmartCity, aber auch mit vielen anderen Bebauungsplänen, wo wir endlich auch wieder einmal Stadtentwicklung im Größeren leben dürfen und wir werden weiterhin auf Qualität setzen. Das Stadtentwicklungskonzept haben wir gemeinsam beschlossen, im Frühjahr 2015 lege ich Ihnen auch als Referent den Flächenwidmungsplan, den nächsten, wieder vor, das wird wieder intensive Diskussionen geben, vielleicht nicht mehr ganz so viele wie früher, weil ja das Stadtentwicklungskonzept schon vieles bestimmt hat, was im Fläwi-Plan dann gar nicht mehr möglich ist.

Im Bereich der Magistratsdirektion haben wir uns auch wieder sehr viel vorgenommen, um unsere Verwaltung zur modernsten Verwaltung Österreichs zu machen. Die vielen Preise, die wir auf europäischer und österreichischer Ebene schon bekommen haben, die vielen Einladungen unserer Abteilungsvorstände, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in andere Städte sind ein gutes Beispiel dafür, dass wir es geschafft haben, als sehr, sehr moderne Verwaltung Österreichs dazustehen und sonst hätten wir es im Übrigen auch nie geschafft, diese Einsparungspotentiale zu heben. Vielen Dank Martin Haidvogel und dem gesamten Team, die dich als Abteilungsvorstände auch begleiten (*allgemeiner Applaus*).

Ich habe gesagt, dass ich ganz gerne es schaffen möchte als Bürgermeister, mit dieser Regierung, mit diesem Gemeinderat und mit diesen Persönlichkeiten, es sind immerhin jetzt schon rund siebeneinhalbtausend, die bei uns Beschäftigung gefunden haben, dass wir es schaffen wollen, in der Champions League mitzuspielen. Da wirst du zwar manches Mal belächelt, aber ich glaube, es gibt allen Grund, an diese Stadt Graz zu glauben. 200.000 Jobs sind es in Summe, wenn man auch alle Beamtinnen und Beamte dazuzählt und alle Unternehmerinnen und Unternehmer. 200.000 Arbeitsplätze in dieser Stadt Graz, 100.000 junge Menschen, Pensionopolis adé, wir sind, wenn ich so sagen darf, eine junge Stadt und eine junge Stadt hat Zukunft. Danke (*Applaus ÖVP*).

Jetzt darf ich den Finanzreferenten zum fixen Rednerpult bitten. Wir haben, bevor wir das Budget abstimmen, eine große Anzahl an Abänderungsanträgen des grünen Gemeinderatsklubs bekommen, diese Abänderungsanträge müssen... bitte zur Geschäftsordnung.

GR. Mag. **Sippel** zur Geschäftsordnung: Mir war jetzt nur nicht ganz klar, wer da mit mir geschimpft hat, war das noch der Bürgermeister oder schon der Krampus? Ich möchte in Erinnerung rufen, ich habe im Rahmen meiner Generalrede beantragt, dass die beiden Budgetentwürfe mit namentlicher Abstimmung auch abgestimmt werden und ich möchte das an dieser Stelle wiederholen. Also beide 2015 und 2016 per namentlicher Abstimmung abstimmen, das ist der Antrag (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir zu den Abänderungsanträgen des grünen Gemeinderatsklubs. Der Herr Dr. Wohlfahrt hat uns den einen Abänderungsantrag gegeben, die Pensionen für die städtischen BeamtInnen werden im Jahr 2015 um einen Fixbetrag erhöht. Pardon, danke, der ist falsch. Dann geht es um die Stimmrechtsermächtigungen für die Generalversammlung und Vollmachten. Der erste der lautet: „Der folgende Satz ist ersatzlos zu streichen: Die Stimmrechtsermächtigung für die Generalversammlung beziehungsweise Vollmachten zur Fertigung der betreffenden Umlaufbeschlüsse für die Wirtschaftspläne 2015 der einzelnen Gesellschaften, die diesen EBITDA, Investitions- und Vollzeitbeschäftigtenziffern entsprechen, gelten hiermit gemäß § 87 Abs. 2 des

Statutes gegenüber den jeweiligen EigentümerversorgerInnen als erteilt.“ Wer für diesen Abänderungsantrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das Gleiche haben wir, das war für den Voranschlag 2015, den gleichen Antrag gibt es für 2016. Wer für das Jahr 2016 für diese Änderung ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dasselbe Ergebnis, ich möchte es festhalten, die Pro-Stimmen waren die Stimmen der grünen Fraktion und der FPÖ und des Kollegen Pacanda. „Der Wirtschaftsplan der Holding Graz für das Jahr 2015 und die Mehrjahresplanung bis 2019 ist so zu gestalten, dass die rund 85 Euro-3-Busse nicht erst in den Jahren 2018 bis 2020, sondern schon 2015 bis 2017 durch neue abgasarme Busse ersetzt werden. Die Investitionsvorgaben für die Holding sind entsprechend anzupassen.“ Das ist recht allgemein gehalten.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt wiederum ein Abänderungsantrag für den Voranschlag 2015 und 2016. „Der Mobilitätsscheck für Studierende soll unter Beibehaltung der derzeitigen Rahmenbedingungen auf 100 Euro Zuzahlung für eine ÖV-Jahreskarte erhöht werden. Die dafür benötigten Mittel in der Höhe von 600.000 Euro sind unter einer Kennziffer einzustellen. Im Zusammenhang damit ist die Voranschlagsposition Ordnungswache um 600.000 Euro zu reduzieren.“

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich nehme an, das gilt für beide Jahre. Sollen wir noch einmal getrennt abstimmen, nein. Dann gibt es noch einen Abänderungsantrag: „Die im Voranschlag 2015 auf Seite 533 angeführten Subventionen an politische Parteien werden auf einen Gesamtbetrag von 1.509.700 Euro reduziert. Die dadurch eingesparte Summe von 764.100 Euro wird für den Ausbau der SozialCard, Ausweitung der BezieherInnengruppe, Ausweitung der Leistungen, und hier insbesondere zur Bekämpfung von Kinderarmut, zweckgewidmet.“

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit ist auch dieser Abänderungsantrag für 2015 und 2016 abgelehnt. Das gilt auch für 2016. Das waren einmal die Abänderungsanträge. Jetzt darf ich den Finanzreferenten wirklich zum Rednerpult bitten, damit wir die einzelnen Gruppen in den jeweiligen Jahren auch zur Abstimmung bringen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich habe noch die Aufgabe, so steht es jedenfalls im Statut, Sie zu informieren, wie viele Personen Einsichtnahme genommen haben während der öffentlichen Auflage. Das geht ziemlich schnell, es waren fünf Personen. Die zweite Pflichterfüllung, die ich noch vor mir habe ist, dass es Erinnerungen gibt, dass also einige Personen die Einsichtnahme genommen haben, haben sogenannte Erinnerungen geschrieben und laut Statut müssen diese Erinnerungen vor Beschluss des Budgets hier vorgetragen werden.

Es sind insgesamt drei Erinnerungen, zwei Erinnerungen kommen vom Bezirksrat von Jakomini, Bezirksvorsteher Ewald Muhr, erster Bezirksvorsteher-Stellvertreter Klaus Strobl, zweiter Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dipl.-Ing. Gottfried Weismann und zwei Gemeinderäten aus Jakomini, nämlich Markus Schimautz und Michael Grossmann. Bei dieser Erinnerung geht es um die Haltestelle Münzgrabenkirche, es wird gewünscht, dass im Budget 2015 und 2016 die Errichtung einer Straßenbahnhaltestelle inklusive ampelgeregelter Fuß- und Radwegquerung von der Münzgrabenkirche einen entsprechenden Budgetposten zu reservieren, diese Vorhaben in die AOG-Projektliste aufzunehmen und die Umsetzung durch einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss abzusichern. Wir haben, wie Sie wissen, für die einzelnen Ressorts Budgetposten und auch Investitionsposten vorgesehen. Eine Analyse des Verkehrsbudgets der AOG im Verkehrsbereich ergibt folgenden Befund. Es ist eine Budgetposition von einer Million Euro pro Jahr für Kleinmaßnahmen vorgesehen, aus dieser Position ist diese Haltestelle sicher nicht zu finanzieren. Wir haben in unserer Vorhabenliste, wie gesagt, die vereinbart ist, aber noch nicht

budgetiert für 2015 und 2016, jeweils fünf Millionen Euro vorgesehen. Sollte es zu einer Budgetierung von diesen je fünf Millionen kommen, ist es durchaus möglich, die Haltestelle zu finanzieren. Es ist dann die Sache des Ressortzuständigen, ob dafür das Geld bereitgestellt werden soll. Eine zweite Erinnerung ebenfalls vom Bezirk Jakomini, und zwar unterfertigt von den denselben Personen, und zwar wird da gewünscht, dass ein Grünraum für die Grünraumsicherung eine Aufwertung und eine Budgetvermehrung erfolgen soll und zwar in der Größenordnung von fünf bis sieben Millionen Euro pro Jahr. Begründet wird das mit der besonderen Situation in Jakomini, dass dort der Bedarf an Grünflächen mit einigen anderen Bezirken besonders groß ist. Ich darf einmal einfach feststellen, dass, was ich schon vorhin gesagt habe, dass zwar nicht bei der Grünraumabteilung in der Stadt Graz, aber bei der Holding im Investitionsbudget pro Jahr jedenfalls eine Million Euro budgetiert ist für die Grünraumsicherung.

Die dritte Erinnerung ist etwas umfangreicher und zwar ist diese Erinnerung vom Herrn Engelbert Gerstl, einigen von Ihnen vielleicht bekannt als Mitarbeiter der Gemeindeaufsicht im Land Steiermark, er hat diese Erinnerung allerdings nicht in seiner beruflichen Funktion, sondern als Privatperson gemacht. Sie setzt sich aus mehreren sehr, sehr detaillierten und spezialisierten Fragen zusammen, die ich ganz kurz aber im Wesentlichen zusammenfassen möchte, damit Sie auch darüber Bescheid wissen. Die erste Frage ist: Durch welche Finanztransaktionen die Abgänge im ordentlichen Haushalt beziehungsweise im außerordentlichen Haushalt bedeckt sind. Es geht also hier nicht um das Haus Graz, sondern um das Budget im Magistrat. Die Antwort ist: Der ordentliche Haushalt ist ausgeglichen, muss auch ausgeglichen sein laut VRV und die Bedeckung der außerordentlichen Haushalte erfolgt primär durch Darlehensaufnahmen. Die zweite Frage ist: Ist sich der Budgetverantwortliche bewusst, dass aufgrund des Stabilitätspaktes 2012, hier ist der österreichweite gemeint, Strafzahlungen bei Nichterreichen der paktierten Haushaltsziele drohen oder nimmt man das bewusst in Kauf? Warum wird keine zweckgebundene Rücklage gebildet beziehungsweise warum werden die laufenden Benützunggebühren nicht

gesenkt? Darauf muss ich dann noch speziell zu sprechen kommen. Werden die Gebühren nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen berechnet und wenn ja, warum liegen diese Berechnungen nicht als Beilage zum Budget vor? Ich fange einmal von hinten an. Sie sind noch nicht in der Auflage als Beilage beigelegt gewesen, die betriebswirtschaftlichen Berechnungen sind aber im Budget drinnen, nämlich das ist die Beilage 7. Die Frage, warum die laufenden Benützungsgebühren nicht gesenkt werden, fußt auf der Analyse und zwar der Budgetanalyse. Einfach der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, dass wir bei den Kanalgebühren und auch bei den Müllgebühren tatsächlich einen Überschuss von Einnahmen über die Ausgaben haben. Selbstverständlich hat die Stadt aber auch eine betriebswirtschaftliche Berechnung für diese Gebühren gemacht und da stellt sich eben heraus, dass wir in einer zehnjähriger Perspektive, und die ist von Seiten des Landes zugelassen, keine Überdeckung der Gebühren haben, also der Kosten für die Erstellung der Leistungen durch die Gebühren, sondern dass die Gebühren, die wir einheben, ziemlich genau kostendeckend sind. Abgesehen davon möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass wir in den nächsten zwei Jahren bei diesen Gebühren ja keine Valorisierung einheben. Und das Erste, das ist die Frage des Stabilitätspaktes 2012. Wir sind anderer Auffassung als der Herr Gerstl, ich habe das auch schon erwähnt, es gibt im Stabilitätspakt keine Bestimmung, wonach die Ziele des Stabilitätspaktes und auch die Wirkungen auf die Ergebnisse, die danach zu erzielen sind, für jede einzelne Gemeinde heruntergebrochen werden. Wir sind der Auffassung, dass Gemeinde und Städte mit einem so starken Bevölkerungswachstum wie die Stadt Graz selbstverständlich investieren müssen und auch investieren sollen und dass diesen Gemeinden durchaus auch ein Defizit laut Maastricht zugestanden werden soll, das dann aber von anderen Gemeinden ausgeglichen werden muss. Nächste Frage, werden die Gebühren nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen berechnet, habe ich beantwortet, ja sie sind auch beigelegt. Sind die Darlehensneuaufnahmen mit einem verantwortungsvollen Budget, in Klammer Schuldenpolitik, vereinbar beziehungsweise im Sinne des Stabilitätspaktes vertretbar? Ich habe es beantwortet,

wir gehen davon aus, dass es vertretbar ist, solange jedenfalls kein Herunterbrechen des Defizits auf jede einzelne Gemeinde erfolgt. Und dann noch eine Frage warum es keine Gesamtsumme der Personalaufwendungen beziehungsweise Pensionen gibt, das hat der Kollege Gerstl offensichtlich nicht gefunden, die gibt es nämlich. Es gibt eine Querschnittsausweisung des gesamten Budgets und in dieser Querschnittsausweisung ist auch der Personalaufwand, der Pensionsaufwand dargestellt. Dann ist noch eine Frage, ob die Stadtgemeinde Graz Rücklagen hat und warum sie nicht im Nachweis aufscheinen; auch diese scheinen auf, wir haben insgesamt drei Rücklagen, wie Sie wissen, das ist die Kanalrücklage, die Rücklage der KFA und die MRG-Rücklage, die nach Mietrechtsgesetz, die wandert in den Eigenbetrieb Wohnen und die anderen beiden sind auch immer brav und schön ausgewiesen. Sie sind, wie Sie wissen, zweckgebunden. Die letzte Frage beziehungsweise Einwendung: Gibt es sogenannte innere Darlehen, zum Beispiel Ausleihen aus Pensionsvorsorgen, Entnahmen zweckgebundener Rücklagen und in welcher Höhe? Das hätte der liebe Herr Gerstl eigentlich wissen müssen, es gibt in der kameralen Darstellung keine Rückstellungen für Pensionen. Die sind in dem System der Kameralistik nicht vorgesehen, deswegen gibt es sie auch nicht in den Budgetunterlagen. Wir lassen das aber regelmäßig schätzen, eine nächste Schätzung dieser Rückstellungen, einfach um die Höhe zu wissen, wird durchgeführt im nächsten Jahr, ist aber, wie gesagt, nicht Teil des Budgets. Damit habe ich die Erinnerungen auch vorgelesen und behandelt, was eben vor dem Budgetbeschluss noch erfolgen muss.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich muss auch dazu anmerken, dass langsam aber sicher die Pensionen, die wir unter anderem auch deswegen so intensiv im Budget stehen haben, weil vor vielen, vielen Jahren der Gemeinderat damals beschlossen hat, dass alle pragmatisiert werden und wir erst seit 1997 die Pragmatisierung aufgehoben

haben und die Pensionskassen eingeführt haben. Und das ist auch der Grund, wieso wir eigentlich um fast 200 %, glaube ich, mehr zahlen als eine vergleichbare Stadt wie Linz, was die Pensionen anbelangt und von der Höhe her haben wir fast schon so viel Pensionslast jedes Jahr auch aus dem Budget zu bewerkstelligen, wie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kosten. Die Schere, wenn ich so sagen darf, geht da eher zu als auf. Jetzt darf ich bitten, dass wir jeweils nach Referenten abstimmen. Zuerst das Budget 2015, das Budget, das mir zugeordnet ist.

2015

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Referat von Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl. Einnahmen in der ordentlichen Gebarung von 3.120.200 Euro, Ausgaben: 71.885.300. Außerordentliche Gebarung: Einnahmen: 458.800 Euro, Ausgaben: 18.252.300. Das ergibt in der ordentlichen Gebarung einen Zuschussbedarf von 68.765.100, in der außerordentlichen Gebarung einen Zuschussbedarf von 17.793.500.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung, Einnahmen: 160.433.900, Ausgaben: 256.952.300. Außerordentliche Gebarung Einnahmen: null, Ausgaben: 230.100. Das ergibt einen Zuschussbedarf sowohl in der ordentlichen als auch in der

außerordentlichen Gebarung, ordentliche Gebarung in Höhe von 96.518.400, in der außerordentlichen Gebarung von 230.100.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 645.860.500, Ausgaben 311.431.100. Außerordentliche Gebarung Einnahmen 91.689.100, Ausgaben 38.521.300. Das ergibt einen Überschuss in der ordentlichen Gebarung von 334.429.400 und in der außerordentlichen Gebarung einen Überschuss von 53.167.800.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 25.932.200, Ausgaben 103.147.300 das gibt einen Zuschussbedarf in der ordentlichen Gebarung von 77.215.100. Außerordentliche Gebarung Einnahmen 59.000, Ausgaben 12.811.700, das gibt einen Zuschussbedarf von 12.752.700.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 34.916.700, Ausgaben 59.844.300, das gibt einen Zuschussbedarf von 24.927.600. Außerordentliche Gebarung Einnahmen 591.200, Ausgaben 21.130.300, das ergibt einen Zuschussbedarf von 20.539.100.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Stadträtin Lisa Rücker

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 994.700, Ausgaben 59.222.300, das gibt einen Zuschussbedarf von 58.227.600. Außerordentliche Gebarung Einnahmen 124.900, Ausgaben 1.977.300, das ergibt einen Zuschussbedarf in Höhe von 1.852.400.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Stadträtin Elke Kahr

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 830.700, Ausgaben 5.986.900, das ergibt einen Zuschussbedarf von 5.156.200. Außerordentliche Gebarung Einnahmen null, Ausgaben null.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Ohne politischen Referenten

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Auch bei dieser Gruppe gibt es keine außerordentliche Gebarung. Bei der ordentlichen Gebarung gibt es Einnahmen in Höhe von 26.401.500 und Ausgaben von 30.020.900, das ergibt einen Zuschussbedarf von 3.619.400.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Gesamtzahlen

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das Gesamtbudget in der ordentlichen Gebarung Einnahmen von 898.490.400 und Ausgaben in derselben Höhe. Außerordentliche Gebarung Einnahmen und Ausgaben jeweils in der Höhe von 92.923.000.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit ist das Budget 2015 beschlossen (*Applaus ÖVP*).

2016

Bgm. Mag. Siegfried Nagl

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung Einnahmen von 3.138.300, Ausgaben von 72.214.900, das ergibt einen Zuschussbedarf von 69.076.600. Außerordentliche Gebarung Einnahmen 200.000, Ausgaben 12.685.000, Zuschussbedarf 12.485.000.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 165.891.500, Ausgaben 263.978.300, ergibt einen Zuschussbedarf von 98.086.800. Außerordentliche Gebarung Einnahmen null, Ausgaben 225.000, Zuschussbedarf damit auch 225.000.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 656.109.300, Ausgaben 316.240.200, das ergibt einen Überschuss von 339.869.100. Außerordentliche Gebarung Einnahmen 75.047.600, Ausgaben 33.948.800, ergibt einen Überschuss von 41.098.800.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 26.332.700, Ausgaben 106.809.100, Zuschussbedarf 80.476.400. Außerordentliche Gebarung Einnahmen null, Ausgaben 14.927.000, ergibt einen Zuschussbedarf in selber Höhe.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 35.121.300, Ausgaben 59.871.900, ergibt einen Zuschussbedarf von 24.750.600. Außerordentliche Gebarung Einnahmen null, Ausgaben 11.861.800, ergibt einen Zuschussbedarf in derselben Höhe.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Stadträtin Lisa Rücker

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 1.006.400, Ausgaben 59.713.500, ergibt einen Zuschussbedarf von 58.707.100. Außerordentliche Gebarung Einnahmen null, Ausgaben 1.600.000, Zuschussbedarf in derselben Höhe.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Stadträtin Elke Kahr

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 830.700, Ausgaben 6.017.900, ergibt einen Zuschussbedarf von 5.187.200. Es gibt keine außerordentliche Gebarung.

Die ordentliche Gebarung wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Ohne politischen Referenten

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 26.759.400, Ausgaben 30.343.800, ergibt einen Zuschussbedarf von 3.584.400. Auch hier gibt es keine außerordentliche Gebarung.

Die ordentliche Gebarung wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Gesamtzahlen

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wiederum bei der ordentlichen Gebarung und bei der außerordentlichen Gebarung Einnahmen in derselben Höhe wie die Ausgaben. Bei der ordentlichen Gebarung sind das 2016 jeweils 915.189.600 und bei der außerordentlichen Gebarung 75.247.600.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit ist auch das Budget 2016 beschlossen. Ich gratuliere dem Finanzreferenten zum Doppelbudget (*Applaus ÖVP, KPÖ und SPÖ*). Der Ordnung halber wird auch festgehalten, dass als Bestandteil der Voranschläge 2015 und 2016 auch der GGZ-Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres und der Bereich Wohnen Graz Wirtschaftsplan mitbeschlossen wurde.